

# Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ „JUGENDWACHT“ „RECHTSFRAGEN“

Erscheint jeden Dienstag, Redaktionsluß Montag.  
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lanke, Berlin NW 40,  
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Hanja 8462.

Verlag: Fr. Krieg, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Abzugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.  
Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareillezelle 1 M., bei Arbeitsmarkt,  
Gratulationen, aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

## Parlamentswahlen.

Am 20. Mai wird wiederum das deutsche Volk über seine Geschicke die Entscheidung treffen. Der Ausgang der letzten Wahlen, vor bald 4 Jahren, zeigte bestimmt nicht, daß die unheilvollen Zeiten während der Kriegsjahre und der Geldentwertung in den großen Massen des werktätigen Volkes die Ueberzeugung heran reifen ließ, nur solche Vertreter in die Gesetzgebung zu entsenden, die im Interesse der werktätigen Menschheit handeln werden. Die letzten Wahlen brachten derjenigen Partei einen großen Stimmenzuwachs, wie auch eine größere Anzahl von Vertretern, die in hervorragender Weise an der Berelendung der werktätigen Masse Schuld trug.

Nur allzu rasch waren die furchtbaren Hungerjahre und das grauenhafte Elend, das in vielen tausenden Familien durch das Völkermorden eingezogen war, in Vergessenheit geraten. Es zeigte sich wohl selten bei einer Reichstagswahl die Tatsache, daß denjenigen Kreisen das Vertrauen geschenkt wurde, die das Volk am meisten betrogen hatten. So kam es auch, daß bei den letzten Wahlen alle, die endlich auf Hilfe hofften, jetzt wiederum als die Betrogenen vor neuen Wahlen stehen.

Für die Republik war bestimmt die Herrschaft des Bürgerblocks unter dem unheilvollen Einfluß der monarchistischen Deutschnationalen eine starke Belastung in den letzten vier Jahren. Wenn sie dennoch getragen werden konnte, so ist doch durch diese Tatsache der Beweis erbracht, daß die Feinde der Republik nicht mehr auf ihre Rechnung kommen werden. In vielen Situationen war die republikanische Verfassung gefährdet. Nur der Wachterweiterung der Arbeiterschaft in ihren Organisationen ist es zu verdanken, daß die monarchisch eingestellten Saboteure ihr geplantes Zerstörungswerk nicht ausführen konnten.

Für die Arbeiterschaft steht diesmal besonders viel auf dem Spiele. Sie konnte sehr deutlich wahrnehmen, daß in keinem Stadium die bürgerliche Regierung den Wünschen der werktätigen Volksschichten Rechnung trug. So war es bei der Verschlechterung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit, der Außerkräftsetzung des Achtstundentages durch die Arbeitszeitverordnung und der Festsetzung so vieler Ausnahmen, die zu Übertretungen dieser gesetzlichen Bestimmungen führen mußten. Wir konnten das wahrnehmen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, wo besonders in letzter Zeit

wiederum mit allen Feinheiten zu erreichen versucht wurde, bedeutende Verschlechterungen herbeizuführen. Der Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung

gaben an die Ruhrindustriellen und an die Landwirtschaft sind Beweise dafür, daß von einer bürgerlichen Reichstagsmehrheit nichts zu erwarten ist.

Und alle diese enormen Geschenke mußte in erster Linie der Arbeiter aufbringen. In den Jahren 1924 bis 1927 bezahlten die besitzenden Klassen nur 10 Milliarden an Steuern, während das Gesamtaufkommen der Massensteuern über

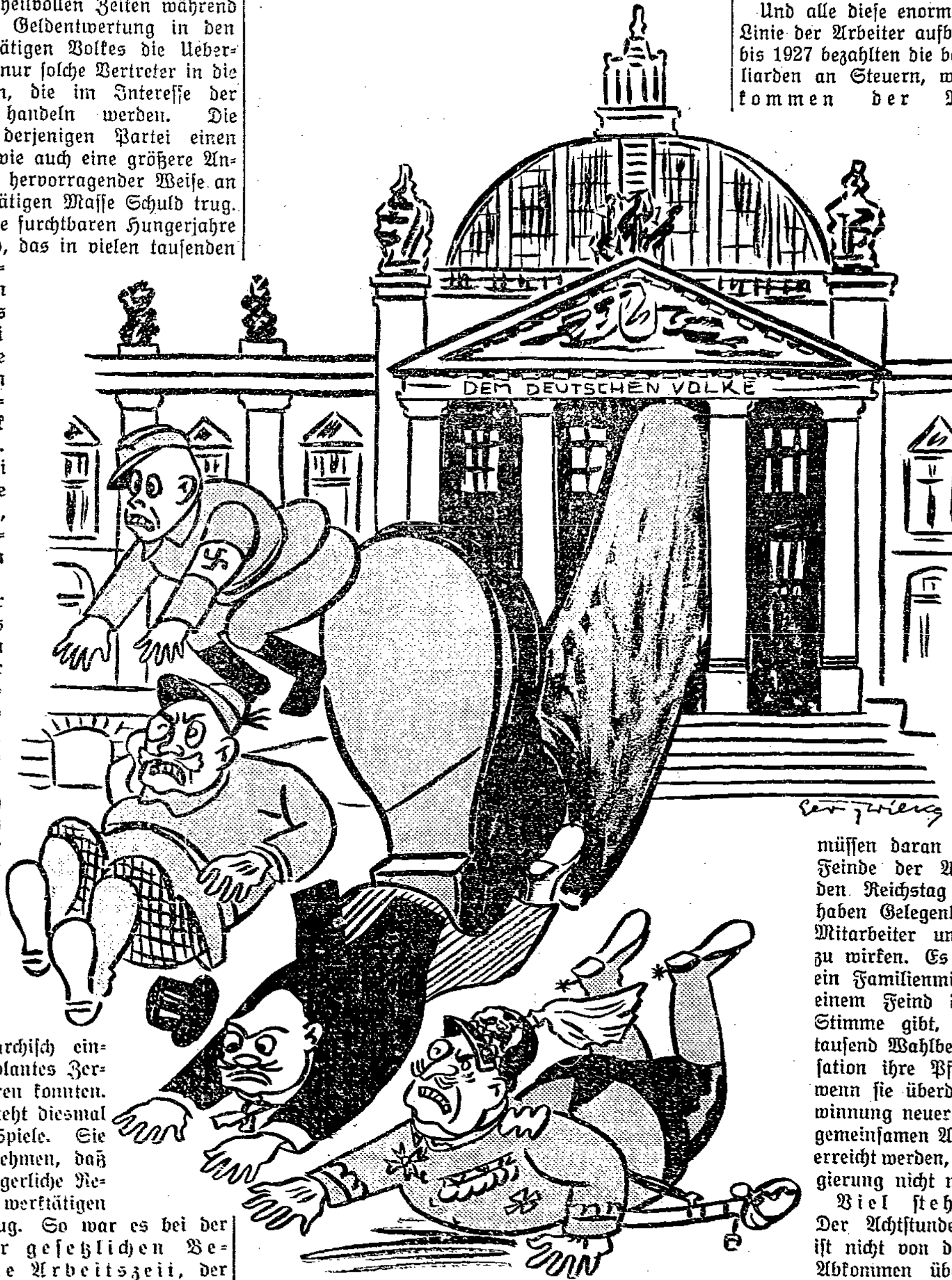
20 Milliarden beträgt. Fast 4850 Millionen Mark mußten die gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Menschen an Gehalts- und Lohnsteuern aufbringen. Außerdem wird in erster Linie der Arbeiter und Angestellte als Konsument infolge der Umsatzsteuern, Zölle und Verbrauchssteuern ganz enorm belastet. Wie klein sind dagegen die Summen, die von den besitzenden Klassen auf dem Altar des Vaterlandes geopfert werden. Der Arbeiter und Angestellte hat von seinem Gehalt oder Lohn auf Heller und Pfennig die Steuern zu entrichten. Anders werden dagegen die Besitzenden bewertet; ihnen werden in weitestgehender Nachsicht für lange Zeit die Steuern gestundet.

Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit zu beseitigen, muß Aufgabe der werktätigen Bevölkerung bei der kommenden Wahl sein. Unsere Berufsangehörigen

müssen daran hervorragend mithelfen, daß Feinde der Arbeiterschaft nicht mehr in den Reichstag einziehen können, und sie haben Gelegenheit, in weiten Kreisen ihrer Mitarbeiter und -arbeiterinnen aufklärend zu wirken. Es sollte nicht vorkommen, daß ein Familienmitglied unserer Kollegenschaft einem Feind der Arbeiterbewegung seine Stimme gibt, und wenn alle die vielen tausend Wahlberechtigten in unserer Organisation ihre Pflicht am Wahltage erfüllen, wenn sie überdem mitarbeiten an der Gewinnung neuer Wähler, dann muß auch im gemeinsamen Ansturm mit der Arbeiterschaft erreicht werden, daß eine arbeitserfeindliche Regierung nicht mehr zustande kommen kann.

Ziel steht auf dem Spiele! Der Achtstundentag ist in Gefahr. Noch ist nicht von der deutschen Regierung das Abkommen über den Achtstundentag von

Washington ratifiziert, noch weigert sich immer die Regierung, das Genfer Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien anzuerkennen. Solange dieser Zustand besteht, sind wir den Gefahren nicht enthoben, daß eine unbegrenzte Ausbeutung wieder durchgreifen wird. Das



Während hier dem Ärmsten das Wenige genommen werden soll, das er unbedingt zu seinem Lebensunterhalt benötigt, wurden auf der anderen Seite mit vollen Händen Millionen unter die besitzenden Klassen geworfen. Die Liebes-



werttätige Volk muß deshalb alles aufbieten, um die Arbeiterpartei im Reichstag so zu stärken, daß eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes über die Verlängerung der Arbeitszeit nicht erfolgen darf. Die Arbeiterschaft muß so stark im Reichstage vertreten sein, daß der unzulängliche Entwurf der Regierung über die Arbeitszeitverordnung einer gründlichen Reformierung unterzogen wird. Es ist mit unsrer Aufgabe, zu erreichen, daß endlich der Jugendschutz gefördert wird und brauchbare Bestimmungen über die berufliche Ausbildung und Lehrlingshaltung erlassen werden.

Wir erwarten daher von unseren Verbandskollegen und -kolleginnen, soweit sie im wahlberechtigten Alter stehen, daß sie am 20. Mai ohne Ausnahme ihre Pflicht als Staatsbürger und -bürgerinnen erfüllen. Keine Stimme den bürgerlichen Vertretern und Arbeiterleiden! Keine Stimme den Interessenten der kapitalistischen Ausbeuter! Alle Stimmen dem Sozialismus, das sei unsere Parole!

## Reichswirtschaftsrat und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien

Der Sozialpolitische Ausschuß im Reichswirtschaftsrat hat, wie die Unternehmerpresse berichtet, in seinen letzten Sitzungen sich wiederum mit dem Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz beschäftigt und dazu ein drittes Gutachten erstattet. Wir entnehmen hierüber der Unternehmerpresse:

„Hinsichtlich der Vorschriften über Sonntagsruhe dürfen an Sonn- und Festtagen Arbeitnehmer nicht beschäftigt werden. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit sie in dem vierten Abschnitt des Arbeitsschutzgesetzes ausdrücklich vorgesehen sind. Bei Ausnahmen kraft Verordnung oder Verfügung hat der Reichswirtschaftsrat bei Arbeiten, deren Vornahme an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, die Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor Erlaß der entsprechenden Bestimmungen durch den Reichsarbeitsminister gefordert. Zum § 30 des Entwurfs, der die Betriebsruhe in Bedürfnisgewerben regelt, wurde ein Antrag angenommen, wonach für das Friseurgewerbe die Zulassung von Ausnahmen in Städten mit weniger als 5000 Einwohnern sich auf längstens vier Vormittagsstunden an den Sonntagen, für Städte mit mehr als 5000 Einwohnern nur auf die ersten Tage der hohen Feste und auf längstens vier Vormittagsstunden erstrecken darf. Das gleiche soll für die Friseure in Bahnhöfen, Hotels und anderen Gaststätten gelten. Für Verkaufsstellen auf den Bahnhöfen der Eisenbahnen innerhalb der Sperre wurde in Ergänzung des § 31 des Entwurfs vorgesehen, daß Verkaufszeiten an Sonn- und Festtagen nur für unmittelbaren Reisebedarf zugelassen werden dürfen. Verkaufsstellen außerhalb der Sperre und Verkaufsstellen auf Bahnsteigen der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, der Untergrundbahnen usw. unterliegen den für die örtlichen offenen Verkaufsstellen geltenden Bestimmungen. Der unmittelbare Reisebedarf für diesen Verkauf umfaßt lediglich Speisen, Getränke, Obst, Tabakwaren, Schokolade, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Toiletteartikel in kleinen Mengen.

Für die Herstellung von Bäcker- und Konditorwaren wurde zu § 33 beschlossen, daß an Sonn- und Festtagen jede gewerbliche Beschäftigung entsprechend dem § 6 der bisherigen Bäckereiverordnung zu verbieten ist. Zugestimmt wurde den vorgesehenen Bestimmungen, wonach nach zulässig sind die Herstellung leichtverderblicher Konditorwaren während eines ununterbrochenen Zeitraums von höchstens 2 Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr nachmittags hinaus, ebenso auch Vorarbeiten während eines ununterbrochenen Zeitraums von höchstens einer Stunde, die zur Wiederaufnahme der regelmäßigen Arbeit am folgenden Werktag notwendig sind, schließlich auch nach Arbeiten ohne zeitliche Begrenzung, die in Notfällen zur Verhütung oder Beseitigung einer ernstlichen Gefährdung des Unternehmens oder des von ihm zu versorgenden Personalfreies unabwendbar sind. Für die vorgesehenen Bestimmungen, wonach der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichstags bestimmen kann, inwieweit Arbeiten und Waren unter die Ausnahmeregeln fallen, wurde die Anhörung der wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Beschluß erhoben.

Das Beschäftigungsverbot für Jugendliche an Sonn- und Festtagen nach § 35 des Entwurfs wurde nach Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses auf Arbeitnehmer bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt.

Die vorgesehenen Bestimmungen über Ladenschluß an Werktagen, wonach offene Ver-

kaufsstellen an Werktagen nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen, wurde Zustimmung gegeben. Die nach Schluß der Verkaufszeit zugelassene Bedienungszeit für bereits anwesende Kunden wurde von 20 auf 30 Minuten erweitert. Die Zulassung für den Verkauf von Lebensmitteln wurde auf 6 Uhr morgens festgesetzt. Offene Verkaufsstellen, in denen auch Bäcker- und Konditorwaren verkauft werden, sollen jedoch nicht vor 7 Uhr morgens geöffnet werden. Als Ladenschluß für Verkaufsstellen am Weihnachtsheiligabend wurde nachmittags 6 Uhr verlangt. Beim § 41 „Austragen von Waren und Verkauf außerhalb fester Betriebsstätten“ wurden die von der Landesbehörde zu gestattenden Ausnahmen auf den für den örtlich anässigen Einzelhandel zugelassenen Umfang begrenzt.

Wir sind gezwungen, gegen ein solches oberflächliches Gutachten über die Zulassung der Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien an dieser Stelle schärfsten Protest einzulegen. Uns scheint bald, in diesem Gremium ist nicht bekannt, daß sich die Bäckereien und Konditoreien in den Jahren des vollständigen Verbots der Sonntagsarbeit wirtschaftlich außerordentlich gut entwickeln konnten. Mit welchem Recht kommt dann diese Körperschaft dazu, dem Vorschlag der Regierung stattzugeben, der eine Sonntagsarbeit um 2 Stunden zuläßt und diese Arbeitszeit sogar noch in den Zeitraum von morgens 5 Uhr bis mittags 2 Uhr fallen kann. Merken die Vertreter des Sozialpolitischen Ausschusses nicht, daß eine solche Bestimmung zur Uebertretung förmlich Anreiz geben muß?

Leider müssen wir weiter bei dieser Gelegenheit feststellen, daß der Sozialpolitische Ausschuß im Reichswirtschaftsrat in der Frage des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit sowie des Lehrlings- und Jugendschutzes vollständig versagte. In allen Stadien wurde den reaktionären Unternehmerwünschen, die sogar von den Vertretern der Konsumgenossenschaften gestützt wurden, Rechnung getragen.

Es ist ein Trauerspiel, wenn man das ganze liebe Jahr das Gesehne der Konsumgenossenschaften und Brotfabriken hören muß über die bei den Bäckereibetrieben herrschende Schleuderkonkurrenz infolge der Lehrlingszücherei und nunmehr sehen muß, wie die Großen den Lehrlingszüchtern noch zur Hilfe geeilt sind.

Wir müssen aber auch die Frage aufwerfen: Wie kommt die Unternehmerpresse dazu, Gutachten vom Sozialpolitischen Ausschuß zu veröffentlichen, während die Gewerkschaften von allen Vorgängen in dieser Körperschaft keine Ahnung haben? U. U. w. g.

## Die Krise der Schweinepreise

Dr. A. Hanauer und Herrn. Päßmann vom „Institut für Konjunkturforschung“ haben zwei wertvolle Arbeiten herausgebracht, die zeigen, daß die Faktoren zur Gestaltung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte in ihrem Schwerpunkt auf dem „Problem des inneren Marktes“ beruhen.

Bezeichnenderweise befassen sich beide Arbeiten des Instituts für Konjunkturforschung mit der Frage der Schweinehaltung, als dem wichtigsten Teil der landwirtschaftlichen Produktionszweige. Der Erlös der deutschen Landwirtschaft aus Schweineverkäufen beträgt nach Dr. F. Waade mehr als das Vierfache des Erlöses aus der Weizenernte, mehr als das Doppelte des Erlöses einer mittleren Roggenernte und mehr als der Gesamterlös aus sämtlichen Getreidearten. Die eminent wichtige Bedeutung des Problems der Schweinehaltung ist hierdurch wohl genügend aufgezeigt.

Die betriebswirtschaftliche Frage des Landwirts, ob er Schweinefleisch betreiben soll oder nicht, bestimmen nicht so sehr die absoluten Schweinepreise. Es ist vielmehr die Preisrelation zwischen den Schweinepreisen und den Futtermittelpreisen. Bei der Schweinefleisch- und Schweinepreisen maßgebend. Geradezu paradox ist es, wenn man feststellen muß, daß Gebiete des stärksten Kartoffelüberschusses (die natürlichste Grundlage für Schweinehaltung) eine relativ geringe Schweinehaltung haben. Die Junker des ostelbischen Gebietes brennen aus den Kartoffeln lieber Schnaps. Die stärksten Schweinehaltungen haben wir in Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein. Diese sind mehr auf Getreideverfütterung aufgebaut, und zwar vorwiegend auf ausländisches Getreide. Diese Gebiete müssen also das durch den Schutz Zoll verteuerte ausländische Getreide verfüttern. Die Nutznießer der Schutzpolitik sind nur die ostelbischen Junker, indem diese für ihr erzeugtes Getreide den durch den Schutz Zoll hinausgetriebenen Inlandspreis für Getreide erhalten.

Der Arbeit Dr. H.'s, „Die Prognose der Schweinepreise“, liegt die „soziologische Gesetzmäßigkeit einer für alle Landwirte gleichmäßig zutreffenden betriebswirtschaftlichen Fehldisposition“ zugrunde. Unter dem Einfluß der Preisverhältnisse vermindern oder vermehren Hunderttausende von Landwirten ihre

Produktion vollkommen unabhängig von einander und doch in ihrem wirtschaftlichen Handeln durch eine geradezu unheimliche Gesetzesmäßigkeit miteinander verknüpft, und sehr oft beides im Uebermaß. Hierdurch sind die erheblichen Preisschwankungen meist selbst durch die Landwirte hervorgerufen. Dr. H. führt hierzu aus: „Der Landwirt soll die Lehren einer langjährigen Erfahrung annehmen, daß der Schweinepreishaussee oder -baisse Grenzen gesetzt sind, die letzten Endes durch das von ihm mehr oder weniger produzierte Schweineangebot hervorgerufen werden. Demgemäß sollen sich auch Optimismus oder Pessimismus in wirtschaftlich berechtigten Maßen halten.“

Weiter jagt Dr. H.: „Die stark wechselnde Höhe der Schweinepreise ist bedingt durch die stark wechselnde Höhe der Marktlieferungen. Die Schwankungen des Angebots sind es, die dem Schweinemarkt sein Gepräge geben.“ Als Gründe für den konjunkturmäßigen Wechsel der Marktlieferungen von Schweinen sieht er erstens die Relation zwischen Schweinepreisen und den Futtermittelpreisen, zweitens die Relation zwischen den Futtermittelpreisen und drittens die Bestandsänderungen der Mutterfäuen an.

Unter dem Einfluß der Preisverhältnisse treffen die Landwirte ihre Fehldispositionen, das heißt, es kann von der Relation auf die Schweinepreise geschlossen werden. Die nach 18 Monaten sein werden. Auf eine hohe Relation folgen nach 18 Monaten niedrige Schweinepreise und auf eine niedrige Relation hohe Schweinepreise. (Die Futtermittelpreise sind nur im Zusammenhang mit den anderen Faktoren zu betrachten.)

Der Bestand an über ein Jahr alten und älteren Mutterfäuen ist in seiner Bewegungstendenz ein sicherer Gradmesser für die eingeschlagene Richtung der Schweinepreise im nächsten Jahre. Es läßt sich behaupten, daß, steigen die Bestände an Mutterfäuen, die Schweinepreise fallen, und umgekehrt, sinken die Bestände an Mutterfäuen, die Preise steigen werden. Diese drei Faktoren hat Dr. H. hauptsächlich für seine „Prognose der Schweinepreise“ herangezogen, hierin allein glaubt er die Gründe für die regelmäßigen Wellenbewegungen der Schweinepreise, diesen charakteristischen Schweinepreiszyklen, sehen zu müssen. Die Regelmäßigkeit dieser Zyklen ist jetzt aber, entgegen den Vorkriegsjahren mit je zwei Jahren mit hohen und darauf folgend zwei Jahre mit niedrigen Preisen, verkürzt auf 18 Monate. Dieses hängt wohl damit zusammen, daß die Mastdauer durch Zuchtwahl (veredelte Schweinerassen) und Zunahme der Getreidemast auf zehn bis elf Monate herabgedrückt wurde. Die Technik der Schweineproduktion verkürzt also die jeweiligen Perioden in ihrer Dauer.

Entgegen der Auffassung Dr. H.'s, der den Ausfall der Kartoffelernte in seiner Bedeutung für die Schweinehaltung stark einschränken will, ist man jedoch anderer Auffassung. Häufig hat man schon in Deutschland von einem Kartoffel-Schweine-Zyklus gesprochen, hat die beiden in sehr enge Verbindung gebracht und das wohl nicht ganz zu Unrecht. Bei dem letzten Zusammentreffen zweier günstiger Ernten (1925 gute Kartoffel- und Roggenernte, dazu noch katastrophal niedrige Preise für Roggen und Kartoffeln) blieb dem Landwirt nichts anderes übrig, als beides zur Mast zu verwenden. Dieses mußte zu einem Preissturz der Schweinepreise führen, der dann auch 1927 eintrat und der dazu führte, daß die Schweinepreise zeitweilig einen niedrigeren Stand als den Vorkriegsstand erreichten. Es wird nun behauptet, daß sogar bei dieser Preisbildung die Verwendung der Kartoffel- und Roggenüberschüsse immer noch günstiger gewesen sei als irgendeine andere, die 1925 möglich gewesen wäre. Hier hätten sich regulierende Maßnahmen als segensreich erweisen können, wenn diese eine Magazinierung des Roggenüberschusses gebracht hätte, sowie den Ueberfluß der Kartoffelernte evtl. durch Trocknung für die Verfütterung im nächsten Jahr zurückzuführen in der Lage gewesen wären.

Der Anteil der ausländischen Lieferungen am deutschen Schweinemarkt ist zu gering, um einen nachhaltigen Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben zu können. Betrug er vor dem Kriege 3 Proz., so ist er heute höchstens mit 7 Proz. einzusehen. Die Hecke, die mit den sogenannten „Polenschweinen“ getrieben wurde, entbehrt jeglicher realen Grundlage. Vielmehr ist die ganze Frage eine binnenwirtschaftliche Angelegenheit. Es muß eine bessere Organisation des inneren Marktes, eine regelmäßigeren Versorgung der deutschen Märkte angestrebt werden, die die Schwankungen der Schweinepreise bis auf die saisonmäßigen Schwankungen zurückzuführen in der Lage ist. Dann ist auch das Ausland desinteressiert, dann brauchte die Landwirtschaft keine übermäßige Einfuhr zu fürchten, brauchte keine erhöhten Zölle für Fleisch oder Rind, dann sind auch die bekannten veterinärpolizeilichen Maßnahmen überflüssig.

Auch die Preise für Rindvieh (Schlachtvieh) beeinflussen die Schweinepreise nur in ganz geringem Maße. Der Verbrauch an Schweinefleisch ist absolut und relativ fortwährend gestiegen. Die Nachfrage hielt auch in schweren Krisenjahren (Jahre größter Arbeitslosigkeit) unvermindert an, ohne auf eine andere Fleischart überzugehen. Dr. H. kommt zu dem Schluß, daß der Schweinepreiszklus sich unabhängig von der Gestaltung der Rindviehpreise durchzusetzen pflegt,



wenn er dadurch gelegentlich auch einmal eine gewisse Verschärfung oder Abweichung erfahren mag.

Mit dem ständig steigenden Verbrauch an Schweinefleisch sind auch ständig steigende Preise festzustellen. Betrug das Durchschnittsniveau des Schweinepreises 1896 etwa 74 Mk. pro 100 Kilogramm, so war es 1914 schon auf etwa 108 Mk. gestiegen, das heißt jährlich etwa um 1,87 Mk. pro 100 Kilogramm. Die Leidtragenden sind nur die Konsumenten und diese sind zum größten Teil die Arbeitnehmer. Durch das System der Ausfuhrprämien, das beschlossen ist, wird die Ausfuhr planmäßig unterstützt, wobei feststeht, daß die deutsche Landwirtschaft nicht einmal in der Lage ist, den gesamten Eigenbedarf an Fleisch zu erzeugen. Die Folge wird ein Anziehen der Preise sein, und die Konsumenten die zählenden Beteiligten. Für die Landwirtschaft gibt Dr. H. noch folgende Zeitsätze: „Der Landwirt soll bei der Rentabilitätsberechnung für die marktwirtschaftliche Schweinemast diejenigen Preise einsetzen, die wahrscheinlich beim Verkauf zu erzielen sind, er soll also die Perioden mit guten oder schlechten Schweinepreisen hinsichtlich ihrer zeitlichen Begrenztheit berücksichtigen. Hierfür bietet ihm die Bewegungstendenz des Mutterfauensbestandes gute Anhaltspunkte. Die günstigsten Monate für den Verkauf sind August, September und Oktober.

Stellen die Landwirte sich auf eine gleichmäßige Produktion ein, so ist damit zu rechnen, daß die Schwankungen stark eingeschränkt werden. Den Vorteil hiervon haben die Landwirte und die Konsumenten. H. Ostendorf.

### Die neue Gefrierfleischordnung.

Der Landbundesminister Schiele kam nicht auf seine Rechnung. Seine Zentralstelle im Interesse der Großgrundbesitzer erhält er nicht. Aber etwas hat er fertiggebracht: durch die Verminderung der Kontingente hat er große Teile der Industriearbeiterschaft um die Möglichkeit gebracht, billiges Fleisch zu bekommen. Die vom Reichsrat genehmigte Gefrierfleischordnung setzt die Bezirke fest, die für die Belieferung mit zollfreiem Gefrierfleisch in Betracht kommen. Weiter bestimmt die Verordnung, daß den Konsumvereinen die Berechtigungsscheine grundsätzlich in der Höhe zugeteilt werden, in der sie im vierten Vierteljahr 1927 die für das zollfreie Gefrierfleisch in Betracht kommenden Gebiete beliefert haben. Im übrigen werden die Berechtigungsscheine, die in der Regel für ein Vierteljahr ausgegeben werden, den Gemeinden zugeteilt. Darob nun großes Lamento bei der Fleischwarenindustrie und dem Fleischerverband (Meister). Die Konsumvereine seien bevorzugt. Der Meisterverband leistet sich in einer Eingabe, die er machte, so ein kleines Denunzationschreiben und macht dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vor der Sozialdemokratie graulich. Jedenfalls tut es den Herrschaften wehe, daß sie, trotzdem sie sich den Agrariern genähert haben, nicht auf ihre Profitrechnung kommen. Sie selbst behaupten, das Wohl der Konsumenten liege ihnen am Herzen. Viel davon hat man während der ganzen Kampagne nicht gemerkt.

Nach der Verordnung darf zollfreies Gefrierfleisch nur in Läden verkauft werden, die vom Vorstand der Gemeinde bestimmt und überwacht werden. Verboten ist, in den Verkaufsstellen, in denen zollfreies Gefrierfleisch verkauft wird, verzolltes Gefrierfleisch anzubieten. Zollfreies Gefrierfleisch darf auch nicht zu Wurst verarbeitet werden oder an Fleischwarenfabriken oder Gast- und Schankwirtschaften abgesetzt werden. Weiter ordnet die Verordnung an, daß die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen weitere Anordnungen darüber treffen können, in welcher Weise das Gefrierfleisch den Minderbemittelten zuzuführen ist.

### Rückständige Steuern.

Nach der vom Reichsfinanzminister dem Reichstag Ende März zugegangenen Uebersicht über den Stand der Erhebung und Beitreibung der Besitz- und Verkehrssteuern am 1. Januar 1928 belief sich die Gesamtsumme des Steueraufkommens in den Monaten Oktober bis Dezember 1927 auf 1 060 004 000 Mk., der an Rückständen am gleichen Tage 457 299 000 Mk. gleich 43 Prozent des vierteljährlichen Aufkommens gegenüberstanden. Für das letzte Vierteljahr 1927 betrug das Steueraufkommen an Einkommensteuer ohne Steuerabzug vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag 374 792 000 Mk. Auch bei dieser Steuer liegt zu Anfang des Jahres 1928 ein Rückstand von 178 835 000 Mk. vor oder rund 48 Prozent des in den Monaten Oktober bis Dezember 1927 aufkommenden Steuerbetrages. An Steueraufkommen für die allgemeine Umsatzsteuer ohne Hersteller- und Kleinhändlersteuer zeigt die Uebersicht für die gleichen Monate einen Betrag von 241 437 000 Mk., auch hier ein Rückstand von 69 425 000 Mk. gleich 28 Prozent des vierteljährlichen Aufkommens. Nun, was wird das Resultat sein? Man wird zunächst einen Teil der Steuern stunden und sie dann ganz schieben. Arbeiter und Angestellte aber belastet man zugunsten des Besitzes mit Lohn- und indirekten Steuern fürs „Vaterland.“

## Die Invalidenversicherung im Jahre 1927.

Aus dem soeben erschienenen Bericht des Reichsversicherungsamtes im Reichsarbeitsblatt über das Jahr 1927 sind folgende Zahlen und Angaben über die Invalidenversicherung eine weitere Verbreiterung wert:

Nach den vorläufigen Zusammenstellungen wurden im Jahre 1927 insgesamt 386 219 Renten neu bewilligt. Diese verteilen sich auf 245 628 Invalidenrenten, 74 787 Witwen- und Witwerrenten und 65 876 Waisenrenten. Weggefallen sind in dem gleichen Zeitraum 135 446 Invalidenrenten, 18 128 Witwen- und Witwerrenten und 155 080 Waisenrenten, außerdem 2336 Krankenrenten, 9417 Altersrenten und 269 Witwenkrankenrenten. Insgesamt liefen am 31. Dezember 1927:

Invalidenrenten . . . . .	1 766 890
Krankenrenten . . . . .	23 104
Altersrenten . . . . .	65 903
Witwen- (Witwer-) Renten . . . . .	334 278
Witwenkrankenrenten . . . . .	2 646
Waisenrenten . . . . .	779 194
Zusammen 2 972 015 Renten	

Durch Vermittlung der Postanstalten wurden im Berichtsjahre rund 760 Millionen Reichsmark an Entschädigungen ausgezahlt. (Die Renten der Invalidenversicherung werden bekanntlich durch die Postanstalten zur Auszahlung gebracht.) Außerdem wurden noch rund 43 Millionen Reichsmark ebenfalls für Entschädigungen durch die Versicherungsanstalten direkt verausgabt. In den letzten Monaten des Berichtsjahres sind die Rentenausgaben ständig gestiegen. Es ist dies auf die Änderungen der gesetzlichen Bestim-

**Regelmäßige Beitragszahlung ist Pflicht!**

**Am 5. Mai muß der 18. Wochenbeitrag bezahlt werden!**

mungen (Erhöhung der Renten) zurückzuführen. Für Leistungen an sogenannte Wanderversicherte haben die Versicherungsanstalten 9,8 Millionen Reichsmark an die Angestelltenversicherung erstattet. Die Beitragseinnahme hat sich infolge der Erhöhung der Beitragsätze und wohl auch durch die einigermaßen gute Wirtschaftslage ständig gehoben. Es sind im Berichtsjahre insgesamt 871 Millionen Reichsmark an Beiträgen eingegangen. Das am Jahresluß vorhandene Vermögen der Versicherungsträger steht noch nicht fest. Allein im Jahre 1927 wird jedoch der Ueberschuß auf rund 250 Millionen Reichsmark geschätzt. Ueber die Durchführung der sogenannten Heilverfahren fehlen noch Angaben. Es werden jetzt erst solche aus dem Jahre 1926 veröffentlicht. Nach diesen Angaben wurden im Jahre 1926 zusammen 158 118 Männer und 109 951 Frauen in Heilbehandlung (Unterbringung in Heilanstalten usw.) genommen. Es entstand hierfür ein Kostenaufwand von 50 152 498 RM. Außerdem haben die Versicherungsanstalten zur Verhütung vorzeitiger Invalidität und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung 9 206 248 RM. ausgegeben. Diese Summe verteilt sich auf die verschiedenen Gebiete, wie Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, des Lupus, Kinderfürsorge usw. Beträchtliche Summen wurden auch für den Wohnungsbau ausgeworfen. Hierunter fallen beispielsweise niedrige Hypotheken für den Bau von Arbeiterwohnungen im Betrage von rund 25 Millionen Reichsmark im Jahre 1926. Kl. — s.

### Mißstimmung bei den christlichen Arbeitern.

Je näher wir dem Wahltag entgegengehen, um so härter erfolgen die Auseinandersetzungen im Lager der christlichen Arbeiter über das Verhalten ihrer politischen Interessenvertretung — der Zentrumsparlei — im Reichstag. Dazu besteht auch alle Veranlassung, denn das Zentrum hat sich bei allen Vorgängen, die im Interesse der Arbeiter lagen, auf die Seite der besitzenden Klasse geschlagen. In keiner Situation trat das Zentrum für die Interessen der Arbeiterschaft ein. Das Zentrum hat seit Jahren für die Schutzzölle gestimmt und damit die Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen bis zur Unerkennlichkeit gesteigert. Das Zentrum hat den Aufwertungsbeitrag mitgemacht und die mühselig erparten Groschen der Kleinrentner dem großen Besitz in den Taschen geworfen. Das Zentrum hat die sozialdemokratischen Forderungen im Interesse der von den bürgerlichen Parteien betrogenen Kleinrentner und der Opfer des Weltkrieges abgelehnt.

Das Zentrum hat im Bunde mit Schwerindustrie und Großgrundbesitz die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages hintertrieben und den Keun- und Zehnstundentag gesetzlich verankert.

Das Zentrum hat jede vernünftige Senkung der Lohnsteuer, die die Sozialdemokratie immer wieder gefordert hat, zu wiederholten Malen hintertrieben.

Das Zentrum hat, zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien, den Mieterschutz durchlöchert und die Mieterhöhungen mitgemacht.

Das Zentrum hat sich schließlich dem von der Sozialdemokratie geforderten Ausbau der Sozialpolitik entgegengestellt und so der Sozialreaktion einen weiteren Dienst erwiesen!

Und dieses Zentrum stellt sich den deutschen Wählern als die Partei der Sozialpolitik vor!

### Verbandsmitglieder als Parlamentskandidaten.

Als Kandidaten für den Reichstag und den Preussischen Landtag sind folgende Verbandsmitglieder aufgestellt:

- Reichstag:**
- Paul Bergmann, Hamburg, Fleischer.
  - Otto Eggerstädt, Kiel, Bäcker.
  - Karl Mache, Breslau, Bäcker.
- Preussischer Landtag:**
- Karl Helfenberger, Bremen, Böttcher.
  - Karl Hejshold, Berlin, Bäcker.
  - Wilhelm Winger, Breslau, Bäcker.

### Gegen die Zollpolitik.

Die unvernünftige Zollpolitik der bürgerlichen Parteien hat in weiten Kreisen der Unternehmer große Erbitterung hervorgerufen. Jetzt schallt aus allen Ecken der Kampfesruf: Fort mit den Hochschuhszöllen, sie schädigen die Industrie und hindern sie an der Ausfuhr der Waren. Diese Kreise waren aber doch die Treiber der Zollpolitik. Sie glaubten, wenn die Einfuhr von Auslandswaren unterbunden wird, dann werden sie das Monopol in der Warenpreisfestlegung ohne weiteres sich sichern können. Weil aber keine ihrer Hoffnungen eingetreten ist, sondern sich das Gegenteil herausstellte, wollen sie diese Fesseln wieder los werden, die sie sich selbst mit ihren Parlamentsvertretern anlegten.

Aus gut informierter Quelle bringen wir folgenden Auszug einer Abhandlung aus den Kreisen der Schokoladenfabrikanten:

„Das schnelle Fortschreiten der Konzentrationsbewegung in der deutschen Schokoladenindustrie, die jetzt bereits eine große Zahl der leistungsfähigsten deutschen Schokoladenfabriken erfaßt hat, lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten, mit denen die Schokoladenindustrie seit Jahren zu kämpfen hat. Eine der Hauptursachen ist die Verteuerung des Rohproduktes durch die viel zu hohen Zollsätze, um die schon seit längerer Zeit ein heftiger Kampf entbrannt ist, ohne daß es jedoch gelungen wäre, etwas Entscheidendes zu erreichen. Während vor dem Kriege auf Kakaobohnen ein Zollsatz von 20 Mk. lag, beträgt er jetzt 35 Mk. Für Kakaoöl ist der Satz von 65 Mk. auf 150 Mk. erhöht worden. Die den Rohstoff für die Kakaobutter bildenden Schalen waren früher mit einem Zollsatz von 65 Mk. belegt, jetzt aber sogar mit einem Zollsatz von 165 Mk. Dabei ist zu bedenken, daß schon die Vorkriegszölle als viel zu hoch bezeichnet wurden, und daß der Zoll von 20 Mk. bereits einen Erfolg der Schokoladenindustrie darstellte, nachdem der Satz bis dahin wesentlich höher gewesen war. Besonders interessant ist es, die Entwicklung der deutschen Schokoladenindustrie mit der des Auslandes zu vergleichen, da hierdurch die Schädlichkeit des Kakaozollens klar bewiesen und gezeigt wird, wie sehr der Kakaozoll die Ursache dafür geworden ist, daß die deutsche Schokoladenindustrie ins Hintertreffen geriet. In Frankreich liegt der Kakaoverbrauch von 27 800 Tonnen im Jahre 1913 auf 44 000 Tonnen im 1926 und dürfte im vorigen Jahr weitere Fortschritte gemacht haben. In England sind die entsprechenden Zahlen 27 600 und 37 000 Tonnen, in den Niederlanden, die also vor dem Kriege eine für ihre Größe sehr bedeutende Kakaoindustrie hatten, die in erheblichem Umfange exportierte, 30 000 und 40 000 Tonnen. Den Rekord halten aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit einer Steigerung von 67 000 Tonnen auf nahezu das Dreifache mit 181 000 Tonnen. Nur in der Schweiz zeigte sich eine rückläufige Entwicklung, und zwar ging hier der Verbrauch von 10 500 Tonnen auf 7 000 Tonnen zurück; doch stellt dieses einen Sonderfall dar, da ein Teil der schweizerischen Schokoladenindustrie in das benachbarte Ausland, vor allem nach Deutschland und nach Frankreich abwanderte. Gegenüber dieser steigenden Verbrauchsgröße in den oben angeführten Ländern beträgt die Steigerung in Deutschland nur



8700 Tonnen, und zwar von 52 800 auf 61 500 Tonnen.

Das ist um so bemerkenswerter, als die Schokoladenindustrie sich räumlich stark ausdehnte und auch durch die fortschreitende Rationalisierung erheblich leistungsfähiger wurde. Normalerweise hätte unter diesen Umständen eine bedeutende Steigerung des Verbrauchs eintreten müssen, bei gleichzeitiger Verbilligung der Erzeugnisse, doch wurde eine Preislenkung und Verbrauchssteigerung durch eine Reihe von Ursachen unmöglich gemacht, unter denen der hohe Zoll an hervorragender Stelle steht, zu denen aber auch die enormen Steuern und Soziallasten zählen. Ferner machte sich die Wirtschaftskrisis stark bemerkbar, die infolge geminderter Kaufkraft der Bevölkerung auch in der Schokoladenindustrie eine Absatzrückgang verursachte, die zu den bekannten scharfen Konkurrenzkämpfen führte. Diese fanden erst durch die dann einsetzende Konzentration ihr Ende. Man kann der Schokoladenindustrie keinesfalls einen Vorwurf daraus machen, daß sie in einer Zeit, in der es darauf ankam, dem Reich unter allen Umständen neue Einnahmequellen zu erschließen, sich notgedrungen mit einer Erhöhung des Zolls auf 35 Mt. einverstanden erklärte; doch haben sich, wie wir zeigten, die Verhältnisse seither zumungunsten der Schokoladenindustrie verschoben und die Revision des Zolles wird sich kaum mehr umgehen lassen. Die deutsche Schokoladenindustrie vermöchte auch als Exportindustrie eine größere Bedeutung gewinnen, wenn ihr nicht von vornherein alle Möglichkeiten durch die überhöhten Zollsätze verschlossen wären. Ferner hat die Beurteilung der Schokolade als Nahrungsmittel einen grundlegenden Wandel erfahren. Während man früher geneigt war, in dem Verbrauch von Schokolade einen Luxus zu sehen, erkennt man heute der Schokolade den Rang eines wichtigen Volksnahrungsmittels zu. Das ist sowohl im In- wie im Auslande der Fall, und die Entwicklung weist unbedingt auf einen zunehmenden Konsum hin.

Da Deutschland über besondere Herstellungsmethoden verfügt, die durch Patente geschützt sind, läßt sich erhoffen, daß bei einer vernünftigen Regelung der Zollfrage auch der Export von Kakaoprodukten wieder belebt wird und dazu beiträgt, das Passivum unserer Handelsbilanz zu beseitigen. Die augenblickliche Lage wird besonders durch die Tatsache illustriert, daß Mitte vorigen Jahres eine große deutsche Schokoladenfabrik den Bau einer neuen Fabrik in den Vereinigten Staaten von Nordamerika unter Aufwendung von ungefähr 2 Millionen Rentenmark vornahm. Damit gingen wertvolle Arbeitsmöglichkeiten für deutsche Arbeiter für immer verloren. Die letzte Transaktion in der deutschen Schokoladenindustrie, die ihre Ursachen auch zum Teil in den vorstehend geschilderten Verhältnissen hat, hat bekanntlich zum Zusammenschluß der Reichardt-Werke und der Gaedke-N.-G. in Hamburg, der Magdeburger Firma Joh. Gottl. Hauswaldt und einer Schweizer Tochtergesellschaft der Limat N.-G. in Zürich, welche letztere der Familie Schicht in Aaffig nahesteht, geführt. Die Selbstständigkeit der einzelnen Werke in diesem Konzern soll erhalten bleiben. Wie es scheint, wird man eine Rationalisierung der Produktion vornehmen, indem man sich spezialisiert. Wahrscheinlich wird man auch einen Austausch von Fabrikationsverfahren und eine Vereinheitlichung des Wertes, mit dessen großzügigen Ausbau zu rechnen ist, vornehmen.

### Bäckereigewerbe

#### Abbruch der Tarif- und Lohnbewegung in München.

Die Innung versuchte seit langer Zeit eine Verlängerung der Arbeitszeit im Tarifvertrage zu erreichen. Daher kündigte sie den Tarif. Selbstverständlich lehnte die Kollegenschaft das Abstimmen der Innung ab. Sie forderte eine Lohn-erhöhung von 7 Mt. wöchentlich. Die Angelegenheit mußte vor dem Schlichtungsausschuß ausgetragen werden. Er kam zu folgendem Schiedspruch, der u. a. den Unternehmern die Berechtigung einräumte, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bis zu 54 Stunden einschließlich der Arbeitsbereitschaft zu verlängern und hierfür einen Zuschlag von 15 bis 25 Proz. festsetzte. Die Lohn sollte um 2 bzw. 3 Mt. erhöht werden. Diese Neuregelung sollte gelten bis 30. April 1929.

Der geradezu unverständliche Schiedspruch, in dem in keiner Weise den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen des schwächeren Teiles Rechnung getragen wurde, mußte selbstverständlich von der Kollegenschaft abgelehnt werden. Die Innung stimmte dem Schiedspruch zu und beantragte beim Landeschlichter gleichzeitig die Verbindlichkeit. Auch hier wurde in unverständlicher Weise den Unternehmern wünschener Rechnung getragen, so daß die Tatsache besteht: selbst die oberste Schlichtungsbehörde hält den Schutz einer höheren Profitrate für die Unternehmer vordringlicher, als der ungeheuren Arbeitslosigkeit der Bäckerhilfen entgegenzuwirken.

Die Löhne variieren in den Innungsbetrieben zwischen 33 und 50 Mt.; in Betrieben mit 8 und mehr Gehilfen 1 Mt. mehr. Bei Seidl zwischen 32,90 und 53,40 Mt., und im Konsumverein Sendling-München beträgt der Einheitslohn für Bäcker und Konditoren 53,65 Mt.

#### Zum Streik und Boykott in den Brotfabriken Hannovers.

Von den bestreikten Firmen sind, nachdem in letzter Zeit drei Firmen bewilligt haben, namentlich die Wälfeler Brotfabrik, Habag-Werke N.-G. und die Lister Großbäckerei übriggeblieben. Der Boykott hat also doch eine recht gute Wirkung ausgeübt und es ist zu erwarten, daß auch die übrigen Betriebe noch frühzeitig einsehen werden, daß es doch besser ist, sich mit der Organisation zu einigen, als noch weitere wirtschaftliche Schäden auf sich zu nehmen.

Eine von der Bäckerringung angebahnte Vermittlung mit der Firma Priester und Bölte, die auch dieser Organisation als Mitglied angeschlossen ist, scheiterte leider, indem die Firma es ablehnte, dem angebahnten Vergleich beizutreten und sich ganz besonders weigerte, daß ein Schiedsgericht über die Einleitung der Streikenden verhandeln sollte. Der Boykott über diese vier Firmen geht weiter. Ueber den Ausgang werden wir berichten.

#### Sehn Jahre Reichszentrale Deutscher Bäcker-Genossenschaften.

In enger Beziehung mit dem Zentralverbande Deutscher Bäckerinnungen, der in 22 Zweigverbänden 1634 Innungen mit rund 80 000 Mitglieder aufweist, stehen die Einkaufsgenossenschaften der Bäckermeister. Sie sind später ins Leben getreten als die Innungen, und zwar in den letzten Jahren der Vorkriegszeit, und beschränkten sich in der Hauptsache auf den gemeinsamen Einkauf der im Gewerbe erforderlichen Rohstoffe, wie Mehl, Zucker, Kohlen, Hefe usw. Eine Reihe dieser Genossenschaften konnte bereits in den letzten Jahren auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Nun begeht die Reichszentrale Deutscher Bäcker-Genossenschaften e. G. m. b. H. (Erboda) ihr zehnjähriges Bestehen.

Wie mächtig sich der Genossenschaftsgedanke in diesen Kreisen entwickeln konnte, zeigt das Ergebnis, daß der Reichszentrale 432 örtliche Genossenschaften mit rund 36 300 Genossenschaftsmitgliedern angegliedert sind. Der Geschäftsanteil dieser Genossenschaften beträgt 11,4 Millionen Mark, von denen bereits 81 Proz. einbezahlt sind, bei einer Gesamtsumme von 22,85 Mill. Mt. Die durch diese Genossenschaften vermittelte Bedarfsdeckung betrug im Jahre 1927 261 Mill. Mt. Diese wenigen Zahlen beweisen, daß der Genossenschaftsgedanke stark unter den Bäckermeistern eingepreßt ist. Es ist daher außerordentlich gebührender Weise gegen die Konsumvereine gehegt und versucht wird, der Arbeiterkassette die genossenschaftlichen Vorteile zu hintertreiben.

Sedoch bei den Bäckermeistern ist ja kein Ding unmöglich, wie wir aus sonstiger Einstellung in organisatorischer Hinsicht wahrnehmen konnten. Sie vertreten nun mal den Standpunkt, für sich allein das Recht zum Aufbau mächtiger Organisationen zu beanspruchen und anderen Volksschichten dieses Recht zu verbieten.

#### Innungsscharfmacher.

Die Bäckerringung in M s c h e r s L e b e n entpuppte sich in letzter Zeit wiederum als geschäftiger Gegner der gewerkschaftlichen Organisation. In einer ihrer letzten Versammlungen wurde die Anregung gemacht, einen unserer organisierten Kollegen sofort zu entlassen und ihm eine Abfindungssumme als Entschädigung zu geben. Es wäre sehr gut, wenn unsere dortigen Mitglieder der breiten Öffentlichkeit unterbreiten würden, daß die Bäckermeister mit allen Mitteln bestrebt sind, das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht zu nehmen. Schließlich würde doch mancher organisierte Arbeiter solchen Feinden der Gewerkschaft nicht mehr Waren abkaufen und die Bäckermeister mit ihren reaktionären Bestrebungen nicht mehr belästigen.

### Böttcherei, Weinhandel

#### Weinverbrauch der Länder pro Kopf und Jahr.

Es verbrauchen Wein pro Kopf und Jahr:  
Frankreich: 144 Liter. Italien: 128 Liter. Oesterreich: 20 Liter. Deutschland: 7 Liter. England: 4 Liter.

Nach den bei uns vielfach gangbaren Auffassungen könnte es den Anschein erwecken, als ob der größere Verbrauch an Wein, wie er in Frankreich und Italien vorliegt, einen gewissen Grad von Wohlhabenheit der Bevölkerung zur Voraussetzung hätte. Es könnte dieser starke Verbrauch an Wein höchstens als eine besondere Eigenheit der Bevölkerung dieser Länder angesprochen werden. Diese Eigenheit liegt aber daran, daß diese Länder ausgesprochene Wein produzierende Länder sind. Umgekehrt finden wir eine andere „Eigenart“ in dem Bier produzierenden Deutschland.

#### Lohnabschluss in Sachsen.

Von dem Ergebnis der Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband im sächsischen Böttchergewerbe ist uns leider bis Redaktionsschluss kein Sonderbericht zugegangen. Wir entnehmen dem SPD:

Für das sächsische Böttchergewerbe erfolgte zwischen dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und dem Arbeitgeberverband im Böttchergewerbe in freier Vereinbarung eine Lohnregelung, wonach die bisherigen Löhne ab 1. Mai 1928 in der Spitze um 7 Pf. pro Stunde und ab 1. Oktober 1928 um weitere 4 Pf. pro Stunde erhöht werden.

### Historische Dokumente.

#### Aushebung zur Feldbäckerei im Jahre 1805/1806<sup>1)</sup>.

Von Arno K a p p, Leipzig.

Das sächsische Feldkriegskommissariat verlangte vom Leipziger Rat unterm 21. November des Jahres 1805, daß er der Leipziger Weißbäckerringung anbefehlen möge:

„fünfunddreißig Mann Bäcker Purtsche zum Dienst der Feld-Bäckerei sofort auszuheben und solche längstens den 26. November bey dem Feld-Kriegs-Commissariate zu stellen und solche gehörig zu verpflegen.“

Der Rat ließ nach Eingang dieses Befehls noch in den Abendstunden des 23. November die Obermeister und Beisitzer der Innung auf das Rathaus laden und machte sie mit dem kurzfristigen Schreiben bekannt.

Die ehrbaren Innungsmeister mit ihrem Obermeister Hofbrotrechtshausen an der Spitze hatten keine Lust, etwa selbst zur Feldbäckerei zu gehen. Sie empfahlen daher dem Räte,

„diejenigen einheimischen Bäckergejellen, welche in auswärtige Dienste gehen wollten, sogleich arretieren zu lassen, . . . auch befand sich jetzt eine Anzahl müßig stehender Bäckerpurtschen hier in Leipzig, nämlich Gebeinmann aus Gerbitz, Halkberg aus Halberstadt, Müller aus Burzen, Schröder aus

Grimma, Hermann aus Leipzig, ein Merseburger und ein Ungar, deren Namen sie jedoch nicht wußten, Ullrich und Zimmermann aus Leipzig, Gräß aus Delitzsch, Werner aus Altenburg und ein gewisser Steinberg, welcher sich theils auf der Herberge, theils bey dem Bierchenken Kömer auf der Hintergasse aufhalten würden . . .

Da aber die Zahl der müßig liegenden Bäckergejellen nicht nur schon an sich keineswegs hinreichend sey, sondern überhaupt der größte Teil geäußert habe, daß sie mit dem geordneten Tractament nicht zufrieden seyen und sich vermaßen laße, daß von jenen außer Arbeit stehenden Purtschen viel davon gehen würden, welches für sie als Meister sehr nachtheilig seyn würde, da sie alsdann um soviel mehr arbeitende Gejellen ausheben müßten (Wie leicht könnte auch einer der Meisterjöhne zur Feldbäckerei kommen!), so wollten sie den Rat gehoramt bitten, die obengenannten müßigen Gejellen aufsuchen und in leidlichen Bewahrung bringen zu lassen.“

Der Rat verstand die Besorgnisse der Meister zu würdigen und ließ seinen Marktmeister die von den Meistern denunczierten Gejellen noch am gleichen Tage in Haft nehmen und aufs Rathaus bringen.

Der 21. November des Jahres 1805 war ein Sonntag. Diesmal gingen die Leipziger Bäckermeister nicht zur Kirche, sondern zur außerordentlichen Generalversammlung, es galt ja noch die fehlenden Bäckerburtschen für die Feldbäckerei auszuheben. Bereits

nach beendigtem Gottesdienste teilte der Obermeister dem Räte mit, daß die Innung

„soeben in ihrer Versammlung die Anzahl der noch auszubringenden Bäckerburtschen nach den Werkstellen eingeteilt habe und heute Nachmittag die einzelnen Subjekte noch ausheben lassen würden, . . . auch stellten die Meister es obrigkeitlichem Ermeßen anheim, ob es nicht, um unterwegs etwaiges Ausreißen zu verhindern, gut seyn werde, daß selbige mit einer militärischen Eskorte versehen würden.“

Der Kommandant des in Leipzig garnisonierten Infanterieregiments, Generaloberst Donat, lehnte das Ansuchen des Rates und der Bäckermeister ab, weil er dazu keine Ordre habe.

Die schwere Sonntagsarbeit war geleistet. Um mehrere Steine leichter setzten sich heute die biederen Leipziger Bäckermeister und Seelenerkäufer an den Sonntagstisch und ließen sich Braten und Trunk munden. — Die Gejellen aber wußten, daß kein „Aufbäumen gegen das Schicksal“ etwas nützen würde; sie hatten sich mit ihrer Lage bald ausgeöhnt. Am Nachmittage bereits konnte der amtsführende Obermeister der Weißbäckerringung dem Räte glückstrahlend melden,

„daß eine Eskorte um deswillen nicht nöthig seyn werde, weil sich zu ihrem größten Vergnügen zeige, daß die Purtsche geru gehen wollten, auch werde es wohl am besten seyn, wenn man die Leute zu Fuß gehen ließe.“ (Die Innung konnte die Fuhrwerkskosten sparen.)

<sup>1)</sup> Leipziger Anzeiger, II. Jahrg. S. 312.



# Fleischer und Berufsigen.

## Tarifabschluss.

Mit der schleswig-holsteinischen Wurst- und Fleischwaren-Industrie wurde ein neuer Manteltarif vereinbart. Die Arbeitszeit ist täglich 8 Stunden oder 48 Stunden die Woche. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen nach Anhörung des Betriebsrates geleistet werden und sind gegebenenfalls mit 25 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Sich notwendig machende Nacht- oder Sonntagsarbeit ist mit 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Eine Regelung im Sinne des § 616 des BGB. für den Tarifvertrag ebenfalls vor, auch die Ferienfrage ist geregelt.

## Heraus aus dem schlesischen Mittelalter.

In Hindenburg in Schlesien waren die Gesellen lange nicht organisiert und die Folgen zeigten sich in miserabler Entlohnung und einer Arbeitszeit, die keine Grenzen hatte. Selbst Sonntags mußten Gesellen und Lehrlinge zur höheren Ehre der Sabbatheiligung, bis in den späten Nachmittag hinein arbeiten und das ohne besondere Bezahlung. Bedrohungen mit Prügel waren keine Seltenheit. Sie wurden von den Krautern wie Kaffern behandelt und bezahlt. Dazu hatten die Gesellen keine Lust mehr und sie schlossen sich unserer Organisation an. Nun sind die Hindenburg-Meisterchen ganz aus dem Häuschen und ihr Terror setzt prompt ein. Besonders den Schlachthofgesellen setzen sie zu und drohen ihnen mit Prokossmachung. Angst vor der Organisation haben aber in der Regel nur die Meister der Fleischerzunft, bei denen es nicht ganz sauber zugeht. Vielleicht stellt man in Hindenburg vor aller Öffentlichkeit mal die Frage an sie, was sie zu verbergen haben. Für unsere Kollegen in Hindenburg kann es aber nur eine Parole geben: Heraus aus dem schlesischen Mittelalter!

## Dem Berliner Vieh- und Schlachthof.

Dass unseren Berliner Engrosfleischermeistern die Arbeit der Organisation auf dem Schlachthof stark auf die Nerven gegangen ist, beweist, daß sie Mittel und Wege suchen, unsere Tätigkeit auf dem Schlachthof zu durchkreuzen. Unsere Veröffentlichungen über die unmenlichen Arbeitsverhältnisse der beschäftigten Gesellen, Kutscher und Chauffeure haben infolgedessen gewirkt, daß die Engrosfleischermeister Vorschläge machen über Verlegung der Viehmärkte und des Fleischgroßmarkts. Sie stoßen aber da auf den Widerstand der Ladenfleischermeister. Es geht hier eben wie immer, wenn Fleischermeister zu Verbesserungen und Fortschritten Stellung nehmen. Man fürchtet eine Schmälerung des Profits (unserer Auffassung nach grundlos), und wurselt dann eben weiter, wie man es seit Uraltzeiten gewöhnt ist, ohne Rücksicht auf den Fortschritt der Zeit.

Von einer Maßnahme scheint man sich aber ganz besonders Erhebliches versprochen zu haben. In den Versammlungen der Engrosfleischermeister propagiert man die Herausgabe von Fragebogen über die Arbeitszeit, die von den Arbeitnehmern auszufüllen und den Arbeitgebern zurückzugeben sind. Glaubt man vielleicht, durch wirtschaftlichen Druck andere Resultate herinzubekommen als die gewerkschaftliche Organisation, deren Bogen von 70 bis 80, ja bis 100 Stunden Ausbeutung pro Woche berichten? Wenn man allerdings den Standpunkt vertritt, wie ihn ein Engrosfleischermeister vor dem Berliner Arbeitsgericht geltend machte, daß die Arbeit der Gesellen von 4 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags in der Fleischgroßmarkthalle nicht als Arbeit zu rechnen sei, käme allerdings ein anderes Resultat heraus. Ein mit normalem Sinn behafteter Mensch wird über diese Auffassung lachen, aber wir wissen ja, wenn

es in ihren Kram paßt, ist unteren Fleischermeistern jedes Argument recht.

Erfreulicherweise sind die Engrosfleischergejellen, Kutscher und Chauffeure aus ihrem jahrelangen Schlaf erwacht und erkennen an dem Zusammenschluß ihrer Arbeitgeber, daß es auch für sie höchste Zeit ist, sich ihrer Berufsorganisation, der Sektion der Fleischer, im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, anzuschließen. Es wird die Zeit nicht mehr fern sein, daß die Verhältnisse auf dem Berliner städtischen Schlachthof aufhören, ein Schandfleck zu sein. Unser Zweigbüro auf dem Schlachthof wird sich den auf dem Schlachthof Beschäftigten besonders widmen.

## Ehrbares Handwerk, Krawattennadeln und Quartalseffen.

Was ein ehrbarer Handwerker von der Fleischerzunft ist, wollte noch nie viel wissen vom „gewöhnlichen Arbeiter“. Geprägt wurde diese Bezeichnung von den Führern der deutschen Fleischermeister im Kampfe gegen den Zentralverband der Fleischer. Man machte den „anständigen Gesellen“ aus Poserudel, wenn er in die Stadt kam, als erstes vor dem Zentralverband graulich, indem man ihm sagte, im Zentralverband seien nur „gewöhnliche Arbeiter“ organisiert. Die Zeiten haben sich geändert und auch die Fleischermeister. Den Arbeiter chartert man heute recht gern als standesgemäßen „Mitarbeiter“. Wurden früher Diplome und Krawattennadeln, übersilbert und übergoldet, nur an Gesellen und Verkäuferinnen für langjährige Dienste umsonst abgegeben, so erhalten sie auch heute Arbeiter und Hausangestellte.

Die Berliner Fleischer-Innung hat zum Osterquartal einen ganzen vollen Sack an Krawattennadeln und Broschen verteilt und nicht wenige an Arbeiter und Hausangestellte. Ja, die Zeiten ändern sich. Wenn nur die ehrbare Zunft in dem stündhaften Spree-Wabel dadurch nicht zugrunde geht, dann können wir ruhig schlafen ohne Einnahme von Veronal.

Nach dem Austreten der Kinkerlitzchen machten sich die Innungsmeister an das Quartalseffen, das war das Beste für sie.

## Gründung einer Exportschlachtereigenossenschaft.

Eine große landwirtschaftliche Versammlung in Hujum beschäftigte sich mit der Frage der Gründung einer Exportschlachtereigenossenschaft, nachdem jetzt durch Gewährung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Schweinefleisch die Voraussetzungen der Wiedererrichtung von Schweineexportschlachtereien gegeben sind. Ein Arbeitsausschuß wurde mit den Vorarbeiten betraut.

## Getränke-Industrie

### Erträge an Biersteuer im Deutschen Reich im Rechnungsjahr 1927/28.

Im Reichshaushaltsplan war die Einnahme an Biersteuer für das Jahr 1927/28 auf 335 Millionen veranschlagt. Der Voranschlag wurde dann im März auf 362 Millionen erhöht. Diese nachträgliche Erhöhung ist die Ursache, daß die im Voranschlag geschätzten Einnahmen nicht erreicht wurden. Es wurde an Abgaben aufgebracht:

	1927/1928	1926/1927	mehr als im Vorjahr	Steigerung in Proz.
April/Juni	78 498 614	64 240 440	14 258 174	18,0
Juli/Sept.	101 069 365	78 067 132	23 002 233	22,5
Okt./Dez.	99 338 825	60 862 803	38 476 022	38,7
Jan.-März	81 323 316	37 599 480	43 723 836	53,7
Zusammen	360 230 120	240 760 855	119 469 265	33,2

Die Innung teilte dem Räte mit, daß dies zur Zeit „unmöglich“ sei, denn das hiesige Bäckerhandwerk habe, wie dem Räte bekannt sei, jetzt schon 41 000 Stück Brode für das Königl. Preuß. Feldkriegs-Kommissariat zu backen und in fünf Tagen abzuliefern, mithin könnten sie jetzt keinen Mann entbehren, auch sei die Messe vor der Thüre und wären jetzt in allem nicht mehr als 73 Bäcker-Burschen hier in Arbeit.“

Die Innung bat daher den Räte, bei den Landbrotbäckern Umfrage zu halten, auch bei den Räten der umliegenden Städte anzufragen, ob von dort aus Gesellen gestellt werden könnten. Nach vieler Mühe brachte man nach und nach die Hälfte der Burschen zusammen, die am 23. September 1803 über Würzen, Oschatz und Meissen nach Dresden abgeschoben wurden. Die Regierung aber bestand auf der geforderten Zahl und befahl umgehend noch 25 Gesellen für die Feldbäckerei auszuheben und nach Dresden zu bringen.

Der Leipziger Räte wandte sich an die Bäckerrinnung und befahl ihr, dem Befehle nachzukommen.

Die in Leipzig einwandernden Bäckerburschen waren nicht wenig erstaunt, als man sie unterm Stadtor anhielt und gewaltig requirierte. Nach einigen Tagen konnten die letzten 25 Mann zur Feldbäckerei nach Dresden abgehen. Ein Meister oder eines Bäckermeisters Sohn aber war nicht mit im Kommando. — Wieviel von den Gesellen in den napoleonischen Kriegen zugrunde gegangen, davon berichten die Akten nichts.

\*) Im Jahre 1806 zählte das Handwerk der Bäcker in Leipzig 33 Meister und 3 Wäwen.

Die sich gegenüber dem Vorjahr bis auf 50 Proz. ergebende Steigerung ist hauptsächlich auf die am 1. Januar 1927 eingetretene Biersteuererhöhung zurückzuführen. Die Ausdehnung der Zahlungsfristen ist die Ursache, daß die Erhöhung nicht sofort zum Ausdruck kommt. Neben der Erhöhung der Steuerhöhe ist jedoch auch die erhebliche Steigerung der Produktion von ausschlaggebender Bedeutung. Im Jahre 1926 wurden 48,3 Mill. Hektoliter und 1927 50 Mill. Hektoliter hergestellt und abgesetzt. Die Friedensproduktion mit 70 Mill. Hektoliter ist allerdings auch damit noch nicht erreicht.

## Deutschlands Hopfenernte 1927.

Nach den jetzt endgültig vorliegenden Ergebnissen ist die letzte Hopfenernte als gut zu bezeichnen. Der Durchschnittsertrag beläuft sich auf 4,7 dz pro Hektar. Die qualitative Beschaffenheit wird, abgesehen von einigen „guten“ und „sehr guten“ Qualitäten, allgemein als „über mittel“ bezeichnet.

In den letzten Jahrzehnten ist der Hopfenanbau in Deutschland stark zurückgegangen. Der größte Umfang innerhalb des jetzigen Reichsgebietes war mit ungefähr 40 000 ha im Jahre 1888 zu verzeichnen. Wie sich die Gesamtanbaufläche und der erzielte Ernteertrag in den zwei Jahren vor dem Kriege und in den letzten drei Jahren entwickelte, veranschaulicht folgende Aufstellung:

Jahr	Anbaufläche ha	Ernteertrag vom ha	insgesamt Doppelzentner
1913	22 203	3,9	87 415
1914	22 761	7,4	169 477
1925	12 473	3,9	48 289
1926	14 169	1,8	25 230
1927	15 507	4,7	71 791

Die Tabelle zeigt, wie außerordentlich schwankend in den einzelnen Jahren die Ernteergebnisse sind. Sie läßt aber auch die langsame Vergrößerung der Anbaufläche in den letzten Jahren erkennen. Wenn auch der Ernteertrag von 1914 noch nicht erreicht ist, so ist doch ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem tiefsten Stand mit 797 Jahre 1919 zu verzeichnen.

Die Hopfenanbauflächen erstrecken sich in der Hauptsache auf die Gebiete von Bayern, Württemberg und Baden, und nehmen vom gesamten anbaufähigen Ackerland 3,8 Proz. ein. In Preußen wurden im letzten Jahr nur 92 ha mit Hopfen bepflanzt.

## Rückgang des Branntweinabfahes. — Erhöhung des Brennrechts.

Die Gesamtzerzeugung von Spiritus in der ersten Hälfte des Betriebsjahres 1927/28 beläuft sich auf 1 888 471 Hektoliter gegen 1 247 157 Hektoliter in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Mehrzerzeugung beträgt danach rund 542 000 Hektoliter. Für Trinkbranntwein wurde in diesem halben Jahr 455 089 Hektoliter abgesetzt; das sind 43 489 Hektoliter weniger als in den sechs ersten Monaten des Vorjahres. Die im Oktober 1927 bis auf 248 262 Hektoliter verringerten Bestände der Monopolverwaltung gaben Veranlassung daß das Jahresbrennrecht auf 100 Proz. erhöht wurde. Daraufhin vermehrten sich zwar die Bestände, konnten aber im März noch nicht die im Jahre vorher angewiesene Höhe erreichen. Aus diesem Grunde wurde in der letzten Sitzung des Beirats der Uebernahmepreis des ab 1. April erzeugten Spiritus um 4 Mk. pro Hektoliter erhöht und das Brennrecht auf 130 Proz. festgesetzt. Weiter wurde eine Heraussetzung des Großhandelspreises für technischen Spiritus von 30 auf 40 Mk. pro Hektoliter beschlossen.

## Konditorgewerbe

### Keine Sonntagsarbeit in Konditoreien.

Der Kampf um die Durchführung der Sonntagsruhe ist im rheinischen Konditorgewerbe im vollen Gange. Der Syndikus des Deutschen Konditorenbundes, Rechtsanwalt Dr. Bender, Düsseldorf, versucht im besonderen seinen Einfluß auf die Gerichtsstellen geltend zu machen für die Zulassung der Herstellung leichtverderblicher Waren an Sonntagen. Bei jeder Verhandlung mit den Regierungsvertretern und den Konditorinnungen ist Bender als Rechtsbeistand der rückständigen süßen Zünftler anwesend und vertritt mit aller Verre seinen Standpunkt. Seit Jahren haben auch die Gerichte unter dem unheilvollen Wirken Benders Freisprechungen wegen Sonntagsarbeit vorgenommen oder nur lächerlich geringe Geldstrafen ausgesprochen.

Erfreulicherweise ist jetzt auf Grund einer Revision der Staatsanwaltschaft der Strafsenat des Oberlandesgerichts Köln zu einer anderen Beurteilung der Sonntagsarbeit in Köln gekommen. Der Senat nimmt eine früher dargelegte Ansicht, wonach auf Grund des § 105c Abs. 1 Nr. 4 der Gewerbeordnung Sonntagsarbeit erlaubt sei zur Herstellung von leichtverderblichen Waren zurück und sprach den Konditor K. schuldig, weil er an Sonntagen gearbeitet hat bzw. arbeiten ließ. Begründend führt der Senat aus: daß auch aus der Tatsache, daß sowohl im Jahre 1919 als auch im Jahre 1927 noch Vorlagen, die die Herstellung von leichtverderblichen Waren an Sonntagen erlauben sollte, abgelehnt worden sind, hervorgeht, daß auch der Gesetzgeber die Herstellung dieser Waren an Sonntagen nach den bestehenden Gesetzen nicht für erlaubt hält. Nach dem augenblicklichen Stand der Ge-

Aus Freude über die Willfährigkeit der Gesellen ordnete der Räte noch an, „daß ein jeder von den abziehenden Bäcker-Burschen einen Reichsthaler Reisegeld bekommen solle.“ auch entließ er die Inhaftierten, nachdem sie sich zum Dienste in der Feldbäckerei bereit erklärt hatten. Zur Komplettierung des Kommandos ließ der Räte noch drei Gesellen in den Vorstädten ausheben.

Am Montag, dem 25. November 1805, verließen die Bäcker-Gesellen ihre Leipziger Meister, um den Marsch nach Dresden anzutreten. Der Stadtschreiber fertigte darüber folgendes Protokoll:

„Heute am 25. November des Jahres 1805 des Mittags ist das zusammengebrachte Corps der Feldbäcker... mit Fahne und Musik, so ihnen dabei zu gebrauchen erlaubt worden, von hier abgezogen.“

Au Lohn waren ihnen von der Regierung zugesichert pro Monat fünf Reichsthaler 21 Groschen und täglich zwei Pfund Brot. —

Die Aushebungen hatten aber damit noch nicht ihr Ende erreicht. Das Jahr 1806 sollte die Leipziger Bäckermeister abermals deshalb in Sorge und Angst bringen. Das Feldkriegskommissariat teilte dem Leipziger Räte am 12. September 1806 mit, daß ein Teil der sächsischen Armee mobil gemacht sei,

„bei dem eine Feldbäckerei etabliert werden solle und wozu die Leipziger Bäckerrinnung 80 Mann mit guten Kundschaften oder gültigen Attestaten versehenen Bäcker-Bursche zum Dienst auszuheben und solche zu stellen habe.“



sehe dürfte der Konditormeister bei richtiger Anwendung der Befehle nicht kraftlos bleiben.

Die Gehilfenschaft ist erfreut über dieses Urteil und hat Veranlassung genommen, in noch energischerer und schärferer Weise wie bisher in Köln, für eine gute Kontrolle Sorge zu tragen und jeden Hebelkäufer, der sieben Tage in der Woche arbeiten läßt, zur Anzeige zu bringen.

### Vertreterwahl zum Hamburger Gehilfen-ausschuß.

Bei den Wahlen der Vertreter des Gehilfenausschusses trug unsere Kandidatenliste den Sieg davon. Die Leitung des Vereins „1818“ glaubte von vornherein glatt ans Ziel zu kommen, denn auch die Unternehmer bemühten sich bei den Gehilfen ganz besonders für diese Liste Reklame zu machen. Sie vereinigte aber nur zwei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Natürlich ist große Enttäuschung bei den „bewährten Führern“ vorhanden, die auf allen Gebieten in trauriger Freundschaft mit der Innung Hand in Hand gehen. Gewählt wurden unsere Kollegen Ruff, Rajmindinger, Reims; als Stellvertreter Weber, Broßig und Schwemer.

## Mühlenindustrie

### Unternehmer und Reichstagswahlen.

Der durch seine Propaganda für die Wertvereine bekannte Vorsitzende des Verbandes deutscher Mühlen, Stadtrat Lorenz, Eberswalde, will für den Reichstag kandidieren. Einigen Herren des Vorstandes sei es gelungen, die Deutsche Volkspartei zu bewegen, Lorenz auf die Liste seines Wahlkreises zu setzen. Nun steht Herr Lorenz an — sechster Stelle. Hoffentlich bleibt er zeitweilig Reichstagskandidat. Damit es Lorenz nicht geht wie seinem Kollegen von dem Deutschen Müllerbund, dem rößlichen Fritsch, der sich nach seinem Durchfall bei der Reichstagswahl wegen Deckung der Wahlkosten umsonst bei seinen Anhängern vergeblich bemühte, wird der Verband deutscher Mühlen einen Wahlkampfonds gründen. Die Herren des Vorstandes haben bereits 500 Mark als erste Rate gezeichnet.

Für eine wirtschaftlich wichtigere Frage wie die Beteiligung an der Ausstellung „Die Ernährung“ in Berlin, haben die Mitglieder des Verbandes deutscher Mühlen kein Geld.

Inmitten hat der Verband deutscher Mühlen nunmehr einen Vorstoß in der Frage des „amerikanischen Mehles“ unternommen. Wir hatten in Nr. 11 vom 17. März der „Verbands-Zeitung“ die Methoden deutscher Mühlen gebrandmarkt, die das in deutschen Mühlen hergestellte Mehl mit englischer Aufschrift und Verpackung versehen und somit Propaganda für die ausländische Konkurrenz machen. Der Verband deutscher Mühlen weist jetzt auf die Gefährdung hin, die durch irreführende Mehldeklarationen für und will diese Frage in der Spitzenorganisation der Müllei, dem Reichsmüllerausschuß, behandelt wissen. Es ist anzunehmen, daß dem Verbande deutscher Mühlen sowie auch den andern in Frage kommenden Stellen diese Auslandspropaganda längst bekannt war; trotzdem wollen die Stellen jetzt erst einschreiten. Wir haben durch unsere Presse also den Unternehmern sagen müssen, was sie tun bzw. was sie unterlassen müssen. Trotzdem wird Stadtrat Lorenz bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit in überheblicher Weise erklären, unser Verband lasse das Beständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Müllei vermissen.

### Wagen eines verheirateten Müllers.

In der „Mühle“ Nr. 16 beklagt sich ein verheirateter Müllergeselle, daß es den Verheirateten so schlecht geht. Ganz besonders beklagt er sich im Unternehmerblatt, daß bei Besetzung offener Stellen von den Unternehmern immer mehr ungelernete Arbeiter beschäftigt werden. Die größte Schuld daran aber haben nach seiner Auffassung die Mühlenbauanstalten, die den Mülleiern vorreden, wenn sie ihre Betriebe automatisch einrichten, brauchen sie nur oder fast nur noch un- oder höchstens angelernte Arbeiter einzustellen. Es gefällt ihm auch nicht, daß der Lohnunterschied zwischen den Söhnen der Gelehrten und Ungelernten ein so geringer ist. So weit, sehr schön, aber der „gelernte Müllegeselle“ muß sich gefast sein lassen, daß den Gesellen gar nicht gedient sein kann, wenn die Söhne für die ungelerneten Arbeiter in der Mülleiindustrie herabgedrückt werden, das würde die Unternehmer bei der heutigen technischen Entwicklung noch mehr veranlassen, ungelernete Arbeiter zu beschäftigen. Es ist auch rückständig, zu fordern, daß die Mülleiunternehmer auf die massenhaften Neueinführungen verzichteten sollten. Nur wer die Tendenz des Kapitals nicht kennt, wird solcher Auffassung sein. Der Kollege würde seinen Mülleiern viel mehr dienen, wenn er statt der massenhaften Entlassung entgegenzutreten, die sich durch noch so schöne Zeitungsaufsätze organisieren läßt, sich an die Seite seiner freigezwecklichen organisierten Kollegen stellt und mit diesen für eine verkürzte Arbeitszeit eintritt. Verkürzung der Arbeitszeit bringt für Verheiratete Arbeit. Statt diesen vernünftigen Weg zu gehen, jammert er darüber, daß die gute alte Zeit vorbei ist, wo man noch 13 und 14 Stunden im Betrieb war, er meint, daß die Müllei schon eine Anwesenheit im Betrieb von 11 Stunden notwendig wäre.

Nun, so wie der Kollege, dient man den verheirateten arbeitenden Kollegen nicht. Bei der Verteilung der Mülleiarbeiten für ungelernete Arbeiter, wenn man seiner Sache auch nicht, wenn man schließlich den Kampf gegen die Ungelernten führt. Das wäre so was für die Unternehmer, wenn es so weit käme, daß Gelehrte und Ungelernte sich

gegenseitig bekämpfen. Nach dem Prinzip: Teile und herrsche, würden die Unternehmer die Situation zumungunsten aller Beschäftigten sehr ausnützen. Einig gehen wir mit dem Kollegen, wenn er die Tendenz bekämpft, immer mehr Mülleiern auszubilden, um sie, wenn sie ausgeleert haben, auf die Straße zu setzen. Diese Tendenz läßt sich aber nur bekämpfen durch eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation. Daß das möglich ist, zeigen eine Reihe anderer Beweise, wo nicht die Unternehmer aus freien Stücken entgegenkamen, sondern gezwungen durch die zuständigen Gewerkschaften die Lehrlingszahl stark zurück-schrauben mußten. Also, gemeinsam kämpfen im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, dann dient man den Kollegen und schafft die bedauerlichen Mißstände im Mülleigewerbe ab.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

**Ausschuß.** Auf Antrag der Ortsgruppe Lübeck wurde Bruno Kettig, Buchnummer 244 732 wegen Streifbruch ausgeschlossen. Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachung der Redaktion.

**Zeitungsverband.** Die Umstellung im Zeitungsverband verursachte in der ersten Zeit noch einige Schwierigkeiten infolge der säumigen Ortsgruppen, die bis zum festgesetzten Termin die Adressen der Zeitungsempfänger wie auch die benötigte Stückzahl nicht mitteilten. Wir ersuchen der Expedition, alle Adressenänderungen wie auch alle Veränderungen in der Zahl der notwendigen Exemplare sofort mitzuteilen, um unliebsame Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden. Reklamationen über die Zustellung der „Einigkeit“, wie auch alle Veränderungen bei den Adressen der Zeitungsempfänger sind an die Expedition der „Einigkeit“ zu Händen des Kollegen Fritz Krieg zu richten. Die Redaktion.

### Bestellung von „Verkehr und Technik“.

Der Aufforderung in Nr. 14 der „Einigkeit“ sind eine große Zahl Ortsgruppen bis jetzt noch nicht nachgekommen, dadurch verzögert sich der Versand. Sofortige Bestellung der Monatschrift „Verkehr und Technik“ für die interessierten Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Es muß bei der Bestellung Adresse und die Zahl der gewünschten Exemplare in jedem Falle angegeben werden, auch von jenen Ortsgruppen, die ihre Bestellungen in der angeführten unzulänglichen Form schon gemacht haben, muß das nachgeholt werden. Die Expedition.

### Sterbetafel.

- Köln, Grete Rubel, Arbeiterin, 37 Jahre.
- Koblenz, Fritz Brinkmann, Bezirksleiter, 38 Jahre.
- Magdeburg, Hany Denige, Arbeiterin, 24 Jahre.
- Pögned, Louis Schmidt, 65 Jahre.
- Wiesbaden, Max Hegel, Bäcker, 51 Jahre; August Stahl, Brauer, 62 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

## Sozialpolitik

### Der Wanderschein für Arbeitslose.

Ein Wanderschein darf einem Arbeitslosen nur erteilt werden, wenn durch seine Person oder das Wanderziel eine Gewähr dafür gegeben erscheint, daß der Zweck des Wanderns — Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und berufliche Weiterbildung — erreicht wird. Der Wanderschein ist zu verjagen, wenn dem Arbeitslosen die gewünschte Beschäftigung im Wege der Arbeitsvermittlung verschafft werden kann. Der Wanderschein soll regelmäßig erst ausgestellt werden, wenn der Arbeitslose mindestens seit vier Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat. Grund-sätzlich ist der Wanderschein nur für un- oder verheiratete zu erteilen, und zwar solchen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Arbeitslosen im Alter von 16 bis 18 Jahren kann der Wanderschein nach Anhörung des zuständigen Jugendamtes erteilt werden. Arbeitslosen im Alter von mehr als 30 Jahren soll der Wanderschein nur in Ausnahmefällen gegeben werden.

Bezieht ein Arbeitsloser neben der Hauptunterstützung Familienzuschläge für Angehörige, so ist die Ausstellung des Wanderscheins davon abhängig zu machen, daß der Arbeitslose in die unmittelbare Auszahlung eines angemessenen Teils der Arbeitslosenunterstützung an die Angehörigen einwilligt.

Der Arbeitslose hat bei Antrag auf Erteilung des Wanderscheins den Nachweis einer abgeschlossenen Lehrzeit oder mindestens einer zweijährigen erfolgreichen Berufsausbildung zu führen. Der Wanderschein ist auf ein Wanderziel auszustellen. Als Wanderziel soll möglichst ein bestimmter größerer Bezirk, vorzugsweise der eines Landes- oder Arbeitsamtes, angegeben werden (Wanderbezirk). Die Wanderzeit darf für denselben Arbeitslosen innerhalb eines Kalenderjahres den Zeitraum von zehn Wochen nicht übersteigen. Innerhalb der gesetzlichen Höchstfrist von zehn Wochen ist der Wanderschein so zu befristet, daß er spätestens mit Erschöpfung des Unterstützungsanspruches abläuft. Die Geltung des Wanderscheins ruht während der Zeit, in der der Wandernde in Arbeit steht.

Der Arbeitslose ist in der Durchgangszone und im Wanderbezirk in jedem Wanderort zum Bezug der Unterstützung berechtigt. Als Wanderort gelten solche Übernachtungsorte des Wander-

bezirks, an denen oder in deren nahen Umgegend sich ein Arbeitsamt oder die Zweigstelle eines solchen befindet. Der Arbeitslose ist verpflichtet, sich sofort nach seinem Eintreffen am Wanderort, spätestens bis 10 Uhr vormittags des folgenden Tages, bei dem Arbeitsamt oder der Zweigstelle zu melden. Bei der Meldung setzt das Arbeitsamt oder die Zweigstelle fest, welcher Betrag der Unterstützung in Sachleistungen und welcher in bar zu gewährt ist. Die Unterstützung kann auch für kürzere Zeitabschnitte als eine Woche ausgezahlt werden.

Der wandernde Arbeitslose ist unter denselben Voraussetzungen zur Annahme angebotener Arbeit verpflichtet wie jeder andere Arbeitslose. Ebenso darf er eine während der Wanderzeit übernommene Arbeit ohne wichtigen oder berechtigten Grund nicht aufgeben. Der Wanderschein ist zu entziehen, wenn die Voraussetzungen zum Bezug der Unterstützung nicht mehr vorliegen, wenn der Schein zu betrügerischen Zwecken mißbraucht, insbesondere auf andere Personen übertragen wird, oder wenn der Arbeitslose während der Wanderzeit die Annahme von Arbeit unberechtigt verweigert, die Arbeit unberechtigt aufgibt oder von dem im Wanderschein vermerkten Wanderziel eigenmächtig abweicht.

## Wirtschaftl. Rundschau

### Die Goldvorräte der Welt.

Die wirtschaftliche Schwächung Europas, das Erstarken der außereuropäischen Wirtschaftsmächte, vor allem Amerikas, wird auch durch eine Betrachtung der Goldvorräte der Welt in sehr auffälliger Weise ersichtlich. Noch 1913 waren die Goldvorräte Europas etwa dreimal so groß als die Goldvorräte der Vereinigten Staaten von Amerika; 24,2 Milliarden Mark europäischem Goldbesitz standen nur 7,9 Milliarden Mark amerikanischen Goldbesitzes gegenüber. 1926 war dagegen in vollständiger Umkehrung der bisherigen Entwicklung der Goldbesitz der Vereinigten Staaten wesentlich höher als der Gesamt Europas, der von 24,2 Milliarden auf 14,6 Milliarden Mark zurückging, während der Nordamerikas von 7,9 auf 18,9 Milliarden Mark anstieg. Ueber die Goldvorräte der wichtigsten Staaten liegen heute ziemlich exakte Schätzungen vor, die für Ende 1927, umgerechnet in Millionen Reichsmark, folgendes Bild ergeben:

Vereinigte Staaten von Nordamerika	18 408,2 = 34,7 %
Frankreich	8 181,6 = 15,4 %
England	3 356,1 = 6,3 %
Japan	3 113,4 = 5,9 %
Argentinien	2 652,1 = 5,0 %
Spanien	2 181,3 = 4,1 %
Deutschland	2 108,8 = 4,0 %
Australien	1 930,5 = 3,6 %
Italien	984,7 = 1,9 %
Stalien	951,7 = 1,8 %
Kanada	841,7 = 1,6 %
Niederlande	675,0 = 1,3 %
Britisch-Indien	506,4 = 0,9 %
Sonstige Länder	7 152,6 = 13,5 %
Insgesamt	53 043,5 = 100 %

Die Hauptfundstätte für Gold ist heute Südafrika (Transvaal, Cap Natal), das jährlich allein mehr als die Hälfte der gesamten Goldproduktion der Welt liefert. Die übrigen Goldländer Nordamerika (Alaska, Klondike), Australien und Rußland-Sibirien treten gegenüber Südafrika heute mehr und mehr zurück. Von der Weltproduktion an Gold im Gewicht von 592 841 Kilogramm entfallen allein auf Südafrika etwa 340 000 Kilogramm und auf Amerika etwa 150 000 Kilogramm. Gegenüber den Vorkriegsjahren hat sich die Goldproduktion der Welt wert- und mengenmäßig stark vermindert, sie beträgt gegenüber einem Gesamtwert von etwa 1,9 Milliarden Mark in den Vorkriegsjahren heute etwa 1,6 Milliarden Mark.

### Der Handel hat zugenommen.

Nach den veröffentlichten ersten Reichsergebnissen der gewerblichen Betriebszählung, veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“, gehören von je 100 Betrieben 53,3 der Industrie und 43,3 dem Handel und Verkehr an. Der Rest von 3,4 entfällt auf das Gesundheitswesen, Theater, Musik usw. Von je 100 beschäftigten Personen entfielen 67,9 auf Industrie und Baugewerbe und 29,3 auf Handel und Verkehr. Die Zahl der Betriebe in Industrie und Handwerk hat sich um 1,9 erhöht, in Handel und Verkehr ist sie auf 38,6 Proz. gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in Industrie und Handwerk um 26,8, in Handel und Verkehr um 38,0 Proz. Das Handelsgewerbe hat im heutigen Reichsgebiet gegenüber 1907 eine Zunahme der Betriebe um 470 000 oder 62 Proz. erfahren. Die Zunahme der im Handelsbetriebe beschäftigten Personen beträgt 1 160 000 oder 59 Proz. Also, es hat der Zwischenhandel zugenommen, was dem Preisabbau nicht gerade förderlich ist. Die Opfer sind zum allergrößten Teil die Lohn- und Gehaltsempfänger.

### Die Wirtschaft im März.

#### Rückgang der Konsumindustrie.

Für den Monat März kann festgestellt werden, daß, währenddem die Industrie im allgemeinen eine Verbesserung zeigt, gerade die Konsumindustrie ungünstiger dasteht. Das Baugewerbe kam erst gegen Ende März in Gang. Verbesserungen sind zu verzeichnen in der Woll-, Baumwoll- und Leinwandindustrie. Das gleiche gilt für die Schuhindustrie. Es kann der Antriebe zur Besserung nur von der Lohnseite her erfolgen.



### Gegnerisch. Organisationen

#### Unternehmerzwendungen an die Hirsche.

Der Hirsch-Dundersche Deutsche Fleischergefellens-Bund behauptet, er sei auch eine Gewerkschaft. Aus einem Streikbrecherklub hervorgegangen, schloß er sich nach dem Krieg auf Geheiß der Fleischermeister an die Hirsche an, um im Interesse der Fleischermeister als auchtariffähig die Tarif- und Lohnbewegungen der Verkäuferinnen und Fleischergefellens zu sabotieren. Der Bund hat nun in einem der Hamburger Schlachter-Innung gehörigen Grundstück ein „Eigenheim“ errichtet. Die Gelder wurden bei den Fleischermeistern mit Hilfe der Innung zusammengebracht. Die Hirsche gingen von Innungsverammlung zu Innungsverammlung und machten Propaganda für ihr Heim und übernahmen die Geldmittel über zum Schein anberaumte Vergütungen, für die die Innungen Propaganda machten. Wie wir nun der Nr. 27/1928 der „Hamburger Fleischerzeitung“ für Groß-Hamburg, einem Unternehmerorgan, entnehmen, hat die Hamburger Ortsgruppe des Bundes beschlossen, nach der Eröffnung des Heimes, an der die Innungen teilnahmen, geschlossen zum Konzert der Hamburger Liedertafel (Gesangverein der Hamburger Schlachtermeister) zu gehen, „um durch geschlossene Teilnahme nach Möglichkeit ihren Dank für die großartige Unterstützung ihres Werkes abzustatten. Die Hamburger Meisterzeitung ist zugleich auch Publikationsorgan der Hirsche. Und dieser Harmonieklub will die Menschheit noch glauben machen, daß er trotz finanzieller und ideeller Unterstützung durch die Meister die Interessen der im Fleischergewerbe Beschäftigten den Meistern gegenüber unbeflügelt vertritt. Sbioten und Verrückte mögen das glauben.

### Allgemeine Rundschau

#### Sommerfrische für Rindvieh. — Und für Landarbeiter?

Das „Diegnitzer Tageblatt“ brachte in seiner Ausgabe vom 13. April 1928 das folgende Inserat:

#### Sommerfrische im Riesengebirge.

Auf unseren in 500 Meter Höhe gelegenen Gebirgsweiden finden noch etwa 20 bis 25 Stück weibliches Jungvieh und Schnittschaf zu den Bedingungen der Landwirtschaftskammer liebevolle Aufnahme. Rittergut Buchwald 6. Zillertal (Riesengebirge).

„Liebevolle Aufnahme“ für Rindvieh, und die Landarbeiterfamilien läßt man in Hundehütten zugrunde gehen. Das ist mit ein Kennzeichen unserer famosen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das Rindvieh kostet Geld, seine Gefunderhaltung dient dem Portemonnaie, den Landarbeiter, wenn er zugrunde geht, kann man durch einen billigeren ersetzen, das dient auch dem agrarischen Portemonnaie. Das Portemonnaie ist das A und O der kapitalistischen Gesellschaft, der Mensch hat nur Mammonszwecken zu dienen, und erst in letzter Linie darf er Mensch sein, wenn es noch reicht.

#### Wann hat Bebel das gesagt?

Die „Handwerks-Zeitung“, das Amtsblatt der Berliner Handwerkskammer, schreibt in der Nummer vom 13. April:

„Die sozialdemokratischen Führer, von Bebel angefangen, haben immer wieder erklärt: „Der Mittelstand ist uns im Wege. Ihn auszuräumen ist unsere erste Aufgabe. Darum müssen wir durch Konsumvereine, Warenhäuser und Begünstigung der Großbetriebe ihm das Wasser abgraben. Denn der Mittelstand ist die wichtigste Stütze der alten bürgerlichen Gesellschaft; sie muß erst zum Wanken gebracht werden, ehe die Bahn frei wird für das sozialistische Prinzip. Und außerdem liefert jeder ruinierte Mittelständler einen neuen Unzufriedenen — einen neuen Rekruten für unsere proletarische Armee...“ Man muß ab und zu an solche Aussprüche erinnern; sie werden allzu leicht vergessen.“

Das Handwerkerblatt wird sich schon dazu bequemem müssen, mitzuteilen, wann und wo Bebel diese Ausführung gemacht hat, wenn man nicht sagen soll, die „Handwerks-Zeitung“ hat mit Vorsatz gelogen.

#### Ihre Kultur.

Der Gott Mammon ist der Herrscher in der kapitalistischen Gesellschaft. Ihm ist tributpflichtig alles was Menschenantitz trägt, die einen mehr, das sind die, die wenig haben, die anderen weniger, das sind die, die viel „Eigentum“ haben. Zu drögen, die „nichts erbeirated, nichts ererbt“, weil ihnen die „Kultur“nationen auf ihren Zivilisierungskreuzzügen alles gestohlen haben, gehören die „Eingeborenen“ der Kolonien. Hat man ihnen soviel gelassen, daß sie nicht ganz verhungern, ist es selbstverständlich in der kapitalistischen Gesellschaft, daß sie für die Wohlthat ihren „angestammten Vaterländern“ tüchtig Steuern bezahlen. Bringen sie die nicht auf, dann helfen ihnen die „zivilisierten“ Vaterländer nach gut bürgerlichem Brauch „hochstehender Kulturnationen“ feste auf die Strümpfe. Wie das gemacht wird, darüber bringt die „Frankfurter Zeitung“ eine kleine Bemerkung. Das geht so vor sich: Zahlt den Engländern irgendein Araberstamm im Irak keine Steuer, wird eine Fliegerstaffel entsandt, die das Lager mit Bomben belegt. Frauen, Kinder und Greise werden nicht geküsst. Alles wird wahllos getötet. Es wird von den Engländern auch gar nicht tragisch genommen, wenn mal ein ungeschuldigster Stamm der „Säbne“ zum Opfer fällt. Da, die Engländer zeigen sich hier mal wieder als die richtigen

Vertreter der kapitalistischen Zivilisation. So wie die Engländer sind sie alle ohne Ausnahme, die kapitalistischen Staaten, nur haben die einen mehr, die anderen weniger Gelegenheit, sich zivilisatorisch zu betätigen, je nachdem, ob sie Kolonien besitzen oder nicht. Ja, ihre Kultur ist einzig!

### Internationales.

#### Der schwedische Lebensmittelarbeiterverband im Jahre 1927.

Der soeben erschienene Bericht unserer schwedischen Bruderorganisation zeigt eine kleine Aufwärtsbewegung im Mitgliederstand und schließt am 1. Januar 1928 mit 15 793 in 127 Sektionen gegenüber 15 277 Mitgliedern im Vorjahr ab. Aus den einzelnen Berufsgruppen wird gemeldet, daß im Berichtsjahr hindurch eine sehr lebhalte Bewegung zur Verbesserung der tariflichen Vereinbarungen stattgefunden hat. Die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien waren starken Anstürmen der Unternehmer, die auf eine Verschlechterung der sozialen Schutzgesetze abzielten, ausgesetzt. Der Arbeitsbeginn wurde durch Anordnung der Regierung auf 5 Uhr festgesetzt, jedoch die Arbeiterschaft erreichte nach langwierigen Verhandlungen von der Regierung, daß diese Verschlechterung des Schutzgesetzes wieder zurückgenommen werden mußte und die seitherigen Bestimmungen über den Arbeitsbeginn auf 6 Uhr morgens und über das Arbeitsende auf 8 Uhr abends fixiert blieben. Zweifellos bedeutet das einen bedeutenden Erfolg, denn im Anschluß konnte auch wiederum der Landestarifvertrag erneuert werden.

In der Schokoladenindustrie wurde der bestehende Landestarifvertrag von den Parteien nicht gekündigt, so daß er bis 1. Januar 1929 in Kraft bleibt. Im Fleischergewerbe waren sehr lebhalte örtliche Bewegungen zu verzeichnen, die sich aus der Tatsache ergaben, daß das Unternehmertum die vereinbarten Bestimmungen zu durchbrechen versuchte. Der Vert. der allgemeinen Arbeitgebervereinigung angeführten Handelsschlachtereien bleibt jedenfalls bis 1. Januar 1929 in Kraft.

Gleiches bleibt das Abkommen für die Beschäftigten in der Mühlenindustrie bestehen, durch die Verlängerung des Vertrages bis 1. Mai 1928.

In der Hefeindustrie waren zwei Betriebseinstellungen in größeren Fabriken zu verzeichnen. Auch diese Bewegungen endeten mit Erfolgen.

Ruhiger gestalteten sich die Verhältnisse in der Margarine- und Teigwarenindustrie.

Auch unsere schwedischen Kollegen hatten das ganze Jahr hindurch mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen, die sich ganz besonders in der hohen Unterstützungssumme für die Arbeitslosen ausdrückt. Die Organisationsleitung trägt sich mit dem Gedanken, die Mitgliederbeiträge zugunsten der Arbeitslosenkasse zu erhöhen. Darüber wird der nächste Verbandstag entscheiden.

Zweifellos hat sich der schwedische Lebensmittelarbeiterverband trotz allen wirtschaftlichen Hemmungen außerordentlich gut gehalten. Die Vorstöße der Reaktion gegen die sozialen Schutzgesetze konnten abgewiesen werden, wie auch die auf wirtschaftlichem Gebiete erreichten Errungenschaften im Tarifwesen nicht nur beibehalten, sondern weiter ausgebaut werden konnten. Die Organisation verfügt über einen nennenswerten Vermögensbestand und wird in der Lage sein, auch in der kommenden Zeit den Vorstößen der Reaktion wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

#### Der Lebensmittelarbeiterverband der Tschechoslowakei im Jahre 1927 (Prag).

Bei einer außerordentlich günstigen wirtschaftlichen Konjunktur in der Lebens- und Genussmittelindustrie der Tschechoslowakei konnte sich eine wesentliche Aufwärtsentwicklung in der gewerkschaftlichen Organisation bemerkbar machen. Das Berichtsjahr hindurch war mit vielen Lohn- und Tarifbewegungen ausgefüllt, es wurden 34 Kollektivverträge für insgesamt 26 095 Personen in 776 Betrieben abgeschlossen. Mit größeren Arbeitseinstellungen hatte die Organisation in Prag und Brünn zu rechnen, wo die Bäcker einen eintägigen Proteststreik gegen die Verordnung des Sozialministeriums infolge einer Anordnung, anstatt um 5 Uhr bereits um 4 Uhr morgens die Arbeit aufnehmen zu dürfen, veranlaßten. In den beiden Städten streikten 2051 Arbeiter. Die günstige wirtschaftliche Konjunktur trug zum wesentlichen Rückgang der Arbeitslosenziffer bei. Die Organisation bezahlte 120 883 Kronen aus ihren Mitteln an die Arbeitslosen; dazu kamen noch 179 847 Kronen Staatsbeitrag, so daß die ausbezahlte Gesamtsumme an arbeitslose Verbandsmitglieder 289 480 Kronen betrug.

Leider ist auch unsere Bruderorganisation von den Zersplitterungsbestrebungen, wie sie durch das Unternehmertum gefördert wurden, nicht verschont geblieben. Anfang 1927 gab es in der Lebens- und Genussmittelindustrie 24 Arbeiter- und Beamtenvereine mit 60 852 Mitgliedern; davon 15 Arbeiterorganisationen mit 48 246 Mitgliedern. Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen unverantwortlichen Zersplitterung die Schlagkraft der freigewerkschaftlichen Organisation stark leiden mußte. Unser Bruderverband verfügt über eine Mitgliederzahl von 12 686, darunter 1454 Frauen. Die übrigen organisierten Arbeiter in dieser Industrie verteilen sich auf 23 Organisationen und man kann schon daraus ersehen, wie ungemein hemmend die kleinen Splitter auf die Gesamtorganisation einwirkten.

Der finanzielle Stand des Verbandes ist befriedigend. Im Berichtsjahr konnten dem Unterstützungsfonds 280 700 Kronen zugewiesen werden, so daß diese Reserve gegenwärtig 1 127 000 Kronen beträgt. Außerdem besteht ein Invalidenfonds mit 210 000 Kronen. Das Gesamtvermögen der Organisation beträgt 2 235 000 Kronen.

### Literarisches

„Die Gemeinde.“ Heft Nr. 7/1928 ist erschienen. Sie bringt eine Reihe aktueller Artikel über kommunale Dinge. „Die Gemeinde“ erscheint 14-tägig beim Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis monatlich 90 Pf. Bestellung durch die Post oder direkt durch den Verlag.

Die geschlichen Vorschriften über den Wittererschuh und die Wittererschuhfürsorge, von Friedrich Kleis, Bürgermeister in Ufersleben. 48 Seiten. Verlag Friedrich W. Borchel, Leipzig C. L. Christianstraße 19. Einzelpreis 60 Pf., bei Partiebestellungen von 10 Stück an Ermäßigung.

Protokoll des 4. Ordentlichen Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes, abgehalten im Grand-Palais, Paris, vom 1. bis 6. August 1927. Neben Berichten über die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate und über die Internationale Arbeiterinnenkonferenz, Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam, Tjeschschadestraat 91. 296 Seiten.

Der stätliche Band enthält nicht nur die eigentlichen Verhandlungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses, der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate und der Internationalen Arbeiterinnenkonferenz, sondern auch im Wortlaut die zu den einzelnen Verhandlungspunkten gehaltenen Referate und gefaßten Beschlüsse. Von diesen Verhandlungspunkten heben wir folgende hervor: Internationaler Gewerkschaftskongress: Die Aktion der Arbeiter gegen Krieg und Militarismus — Der internationale Kampf um den Achtstundentag — Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter — Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung — Der organisatorische Aufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes — Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen. Arbeiterinnenkonferenz: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit — Arbeiterinnenklub — Seimarbeit. Das vorliegende Werk ist nicht allein für Arbeiterorganisationen von großem Interesse, sondern auch für Politiker und Volkswirtschaftler aller Richtungen.

Kulturwille, Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. Heft 4, 5. Jahrgang. Maxim Gorki gewidmet.

Die Bezugsgebühr für den Kulturwille beträgt pro Jahr 3 RM. Bestellungen können bei jedem Postamt oder bei den Volksbuchhandlungen aufgegeben werden. Probeexemplare versendet der Verlag gern kostenlos.

### Anzeigen

Für die anlässlich unserer silbernen Hochzeit von den Kollegen und Genossen erhaltenen reichlichen Glückwünsche, Blumen und Geschenke sagen wir unseren herzlichsten Dank.  
Max Hueberich und Frau, Kiel.

**Nachruf!**  
Am 9. April schied infolge Herzschlag, kurze Zeit nach seiner 25jähr. Verbandszugehörigkeit, der Kollege **Richard Wagner**, Bäcker, aus unseren Reihen. Die Organisation verliert in ihm einen aufrichtigen, treuen Kollegen. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.  
Der Vorstand der Ortsgruppe **Meuselwitz.**

**Nachruf!**  
Am 23. April verstarb infolge Schlaganfalles unser treues Mitglied, der Weinläufer **Josef Misch** im Alter von 64 Jahren. Ein treues Gedenden bewahrt ihm die Ortsgruppe **Machen.**

**Ortsgruppe Meuselwitz i. Thür.**  
Sektion Bäcker  
Als Verbandsjubilare beglückwünschen wir:  
**Schmidt, Artur, Bäcker, Müller, Felix, Bäcker, Hammerl, Josef, Bäcker, Starke, Hugo, Bäcker, Zaubert, Bernhard, Bäcker, Endig, Gustav, Bachmeister.**  
Als Arbeitsjubilare im Konjunkturreich:  
**Endig, Gustav, Bachmeister, Müller, Felix, Bäcker, Hammerl, Josef, Bäcker, Schmidt, Artur, Bäcker.**  
Der Ortsgruppenvorstand.

Unserm Bezirksleiter, Kollegen **Hans Holzfurtner** zu seinem 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe **Ulm und Umgebung.**

Unserm Kollegen **Arthur Eifrig** und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.  
**Ortsgruppe Grimma.**

Unserm langjährigen Verbandskollegen **Robert Kobus** sowie seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Kollegen der **Widauer-Bückerbrauerei Bamern, Abtl. Bendahl-Schlosserei.**

Unserm lieben Kollegen **Oskar Seonhardt** zum 25-jährigen Dienstjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der **Berliner Kindl-Brauerei, Abtl. III.**

Dem Kollegen **Franz, Josef Maier**, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.  
Die Kollegen der **Brauerei „Zur Sonne“, Mainz.**

Unserm Kollegen **Zaver Wolf** zur silbernen Hochzeit und dem Kollegen **Stiegler** zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche.  
**Ortsgruppe Regensburg.**

Dem Kollegen **Hans Bey**, Brauer, zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der **Sonnenbrauerei Mainz.**

Unsern Kollegen **Karl Mann** und seiner lieben Frau zu ihrer am 3. Mai stattfindenden silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.  
Die Kollegen der **Abtei-Brauerei, Oberlungwitz, Ortsgruppe Chemnitz.**

**Trikotwaren** aller Art für Herren, Damen und Kinder liefert in nur anerkannt besten Qualitätswaren zu direkten Fabrikpreisen: **Hans Bauer, Endingen (Wittg.)** Spezialität gebliebene Einfahrgarnen. (Versand per Nachnahme)

**Küfer-Werkzeuge** seit 1895 Spezialität der Werkzeugfabrik **Joh. Martin Berz** Frankfurt am Main, S. 10, Quirinstraße (ab Heinsweg) **Justizierte Preislisten gratis und franko**

**Böttcherschiff**, Spunde, Querschelben, Zwickel, Holzreifen / Lein-Kuchenmehl liefert **FRDR. AUG. EIS** **MAGDEBURG** **LÜNEBURGER STRASSE 37**

**Brauerschuhe** aussterndleder, maßförmig, extra starke Sohlen **Paar 7,50 RM.** Best. d. Nachnahme **Gudenfahner billigst.** **Falkreiter, München.** Ledererstr. 5 II.

Der altbekannte **Brauerholzschnur** mit 2 Schmal, in glatten Rund oder Ungeförmig **7,50 RM.** Best. d. Nachnahme **Bei 3 Paar 12,00 RM.** **Reinrich Schärer, Bamau** Schürstr. 5.

**Beleggen**  
1. Als ganz geschlossene (6. RM. 2. —) halboffene (6. RM. 4. —) weiche (6. RM. 5. —) bessere (6. RM. 6. —) 3. — 4. — 5. — 6. — 7. — 8. — 9. — 10. — 11. — 12. — 13. — 14. — 15. — 16. — 17. — 18. — 19. — 20. — 21. — 22. — 23. — 24. — 25. — 26. — 27. — 28. — 29. — 30. — 31. — 32. — 33. — 34. — 35. — 36. — 37. — 38. — 39. — 40. — 41. — 42. — 43. — 44. — 45. — 46. — 47. — 48. — 49. — 50. — 51. — 52. — 53. — 54. — 55. — 56. — 57. — 58. — 59. — 60. — 61. — 62. — 63. — 64. — 65. — 66. — 67. — 68. — 69. — 70. — 71. — 72. — 73. — 74. — 75. — 76. — 77. — 78. — 79. — 80. — 81. — 82. — 83. — 84. — 85. — 86. — 87. — 88. — 89. — 90. — 91. — 92. — 93. — 94. — 95. — 96. — 97. — 98. — 99. — 100. — 101. — 102. — 103. — 104. — 105. — 106. — 107. — 108. — 109. — 110. — 111. — 112. — 113. — 114. — 115. — 116. — 117. — 118. — 119. — 120. — 121. — 122. — 123. — 124. — 125. — 126. — 127. — 128. — 129. — 130. — 131. — 132. — 133. — 134. — 135. — 136. — 137. — 138. — 139. — 140. — 141. — 142. — 143. — 144. — 145. — 146. — 147. — 148. — 149. — 150. — 151. — 152. — 153. — 154. — 155. — 156. — 157. — 158. — 159. — 160. — 161. — 162. — 163. — 164. — 165. — 166. — 167. — 168. — 169. — 170. — 171. — 172. — 173. — 174. — 175. — 176. — 177. — 178. — 179. — 180. — 181. — 182. — 183. — 184. — 185. — 186. — 187. — 188. — 189. — 190. — 191. — 192. — 193. — 194. — 195. — 196. — 197. — 198. — 199. — 200. — 201. — 202. — 203. — 204. — 205. — 206. — 207. — 208. — 209. — 210. — 211. — 212. — 213. — 214. — 215. — 216. — 217. — 218. — 219. — 220. — 221. — 222. — 223. — 224. — 225. — 226. — 227. — 228. — 229. — 230. — 231. — 232. — 233. — 234. — 235. — 236. — 237. — 238. — 239. — 240. — 241. — 242. — 243. — 244. — 245. — 246. — 247. — 248. — 249. — 250. — 251. — 252. — 253. — 254. — 255. — 256. — 257. — 258. — 259. — 260. — 261. — 262. — 263. — 264. — 265. — 266. — 267. — 268. — 269. — 270. — 271. — 272. — 273. — 274. — 275. — 276. — 277. — 278. — 279. — 280. — 281. — 282. — 283. — 284. — 285. — 286. — 287. — 288. — 289. — 290. — 291. — 292. — 293. — 294. — 295. — 296. — 297. — 298. — 299. — 300. — 301. — 302. — 303. — 304. — 305. — 306. — 307. — 308. — 309. — 310. — 311. — 312. — 313. — 314. — 315. — 316. — 317. — 318. — 319. — 320. — 321. — 322. — 323. — 324. — 325. — 326. — 327. — 328. — 329. — 330. — 331. — 332. — 333. — 334. — 335. — 336. — 337. — 338. — 339. — 340. — 341. — 342. — 343. — 344. — 345. — 346. — 347. — 348. — 349. — 350. — 351. — 352. — 353. — 354. — 355. — 356. — 357. — 358. — 359. — 360. — 361. — 362. — 363. — 364. — 365. — 366. — 367. — 368. — 369. — 370. — 371. — 372. — 373. — 374. — 375. — 376. — 377. — 378. — 379. — 380. — 381. — 382. — 383. — 384. — 385. — 386. — 387. — 388. — 389. — 390. — 391. — 392. — 393. — 394. — 395. — 396. — 397. — 398. — 399. — 400. — 401. — 402. — 403. — 404. — 405. — 406. — 407. — 408. — 409. — 410. — 411. — 412. — 413. — 414. — 415. — 416. — 417. — 418. — 419. — 420. — 421. — 422. — 423. — 424. — 425. — 426. — 427. — 428. — 429. — 430. — 431. — 432. — 433. — 434. — 435. — 436. — 437. — 438. — 439. — 440. — 441. — 442. — 443. — 444. — 445. — 446. — 447. — 448. — 449. — 450. — 451. — 452. — 453. — 454. — 455. — 456. — 457. — 458. — 459. — 460. — 461. — 462. — 463. — 464. — 465. — 466. — 467. — 468. — 469. — 470. — 471. — 472. — 473. — 474. — 475. — 476. — 477. — 478. — 479. — 480. — 481. — 482. — 483. — 484. — 485. — 486. — 487. — 488. — 489. — 490. — 491. — 492. — 493. — 494. — 495. — 496. — 497. — 498. — 499. — 500. — 501. — 502. — 503. — 504. — 505. — 506. — 507. — 508. — 509. — 510. — 511. — 512. — 513. — 514. — 515. — 516. — 517. — 518. — 519. — 520. — 521. — 522. — 523. — 524. — 525. — 526. — 527. — 528. — 529. — 530. — 531. — 532. — 533. — 534. — 535. — 536. — 537. — 538. — 539. — 540. — 541. — 542. — 543. — 544. — 545. — 546. — 547. — 548. — 549. — 550. — 551. — 552. — 553. — 554. — 555. — 556. — 557. — 558. — 559. — 560. — 561. — 562. — 563. — 564. — 565. — 566. — 567. — 568. — 569. — 570. — 571. — 572. — 573. — 574. — 575. — 576. — 577. — 578. — 579. — 580. — 581. — 582. — 583. — 584. — 585. — 586. — 587. — 588. — 589. — 590. — 591. — 592. — 593. — 594. — 595. — 596. — 597. — 598. — 599. — 600. — 601. — 602. — 603. — 604. — 605. — 606. — 607. — 608. — 609. — 610. — 611. — 612. — 613. — 614. — 615. — 616. — 617. — 618. — 619. — 620. — 621. — 622. — 623. — 624. — 625. — 626. — 627. — 628. — 629. — 630. — 631. — 632. — 633. — 634. — 635. — 636. — 637. — 638. — 639. — 640. — 641. — 642. — 643. — 644. — 645. — 646. — 647. — 648. — 649. — 650. — 651. — 652. — 653. — 654. — 655. — 656. — 657. — 658. — 659. — 660. — 661. — 662. — 663. — 664. — 665. — 666. — 667. — 668. — 669. — 670. — 671. — 672. — 673. — 674. — 675. — 676. — 677. — 678. — 679. — 680. — 681. — 682. — 683. — 684. — 685. — 686. — 687. — 688. — 689. — 690. — 691. — 692. — 693. — 694. — 695. — 696. — 697. — 698. — 699. — 700. — 701. — 702. — 703. — 704. — 705. — 706. — 707. — 708. — 709. — 710. — 711. — 712. — 713. — 714. — 715. — 716. — 717. — 718. — 719. — 720. — 721. — 722. — 723. — 724. — 725. — 726. — 727. — 728. — 729. — 730. — 731. — 732. — 733. — 734. — 735. — 736. — 737. — 738. — 739. — 740. — 741. — 742. — 743. — 744. — 745. — 746. — 747. — 748. — 749. — 750. — 751. — 752. — 753. — 754. — 755. — 756. — 757. — 758. — 759. — 760. — 761. — 762. — 763. — 764. — 765. — 766. — 767. — 768. — 769. — 770. — 771. — 772. — 773. — 774. — 775. — 776. — 777. — 778. — 779. — 780. — 781. — 782. — 783. — 784. — 785. — 786. — 787. — 788. — 789. — 790. — 791. — 792. — 793. — 794. — 795. — 796. — 797. — 798. — 799. — 800. — 801. — 802. — 803. — 804. — 805. — 806. — 807. — 808. — 809. — 810. — 811. — 812. — 813. — 814. — 815. — 816. — 817. — 818. — 819. — 820. — 821. — 822. — 823. — 824. — 825. — 826. — 827. — 828. — 829. — 830. — 831. — 832. — 833. — 834. — 835. — 836. — 837. — 838. — 839. — 840. — 841. — 842. — 843. — 844. — 845. — 846. — 847. — 848. — 849. — 850. — 851. — 852. — 853. — 854. — 855. — 856. — 857. — 858. — 859. — 860. — 861. — 862. — 863. — 864. — 865. — 866. — 867. — 868. — 869. — 870. — 871. — 872. — 873. — 874. — 875. — 876. — 877. — 878. — 879. — 880. — 881. — 882. — 883. — 884. — 885. — 886. — 887. — 888. — 889. — 890. — 891. — 892. — 893. — 894. — 895. — 896. — 897. — 898. — 899. — 900. — 901. — 902. — 903. — 904. — 905. — 906. — 907. — 908. — 909. — 910. — 911. — 912. — 913. — 914. — 915. — 916. — 917. — 918. — 919. — 920. — 921. — 922. — 923. — 924. — 925. — 926. — 927. — 928. — 929. — 930. — 931. — 932. — 933. — 934. — 935. — 936. — 937. — 938. — 939. — 940. — 941. — 942. — 943. — 944. — 945. — 946. — 947. — 948. — 949. — 950. — 951. — 952. — 953. — 954. — 955. — 956. — 957. — 958. — 959. — 960. — 961. — 962. — 963. — 964. — 965. — 966. — 967. — 968. — 969. — 970. — 971. — 972. — 973. — 974. — 975. — 976. — 977. — 978. — 979. — 980. — 981. — 982. — 983. — 984. — 985. — 986. — 987. — 988. — 989. — 990. — 991. — 992. — 993. — 994. — 995. — 996. — 997. — 998. — 999. — 1000. — 1001. — 1002. — 1003. — 1004. — 1005. — 1006. — 1007. — 1008. — 1009. — 1010. — 1011. — 1012. — 1013. — 1014. — 1015. — 1016. — 1017. — 1018. — 1019



## Gründet Lehrlings- und Jugend-Abteilungen.

In einer ganzen Reihe unserer Ortsgruppen bestehen Lehrlings- und Jugendabteilungen. Erfreuliche Erfolge konnten hier in den letzten Jahren verzeichnet werden. Unsere Jugendführer bemühen sich in anerkannter Weise, die Jugend über das Wesen und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung aufzuklären und sie zu schulen zu tüchtigen Mitkämpfern für die Durchsetzung unserer Forderungen.

Diese Arbeit ist wohl die schwierigste in der Gewerkschaft. Es ist nicht jedem gegeben, auf die Jugend erzieherisch einzuwirken. Dazu gehören bestimmte Fähigkeiten. In erster Linie müssen diejenigen unserer Kollegen, die sich um die Erziehung der Jugend bemühen, selbst über ein bestimmtes Wissen in der Arbeiterbewegung verfügen. Nichts wirkt enttäuschender auf die jungen Kollegen als nichtssagende Antworten auf ihre Fragen. Dadurch geht selbstverständlich das Vertrauen verloren. Der junge Kollege darf nicht mit Phrasen überlastet werden und mit Vorträgen, die er geistig nicht verarbeiten kann, sondern er muß in erster Linie mit realen Tatsachen vertraut werden. Es muß ihm die Welt gezeigt werden wie sie ist, um so in das große Wirtschaftsgetriebe sich hineinfinden zu können.

Im Lehr- und Arbeitsverhältnis wird er lediglich nur auf seine Pflichten vom Unternehmer verwiesen. Über die ihm zustehenden Rechte wird er im Unklaren gelassen. Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die Jugend über die ihr zustehenden Rechte aufzuklären. In allen Fragen des Jugendschutzes muß sie instruiert werden, wie auch Aufklärung über die speziellen Berufsverhältnisse finden. Der Lehrling und jugendliche Arbeiter ist viel größeren Unbillen ausgesetzt als der alte Arbeiter. Die Jugend braucht daher höheren Schutz sowohl in der sozialen Gesetzgebung als auch in allen wirtschaftlichen Fragen, Schutz kann sie aber nur in den Gewerkschaften finden, denn nur hier werden ihre Interessen wirkungsvoll vertreten.

Was nützt uns aber die beste Agitation, wenn wir dulden, daß die Jugend von unsern Gegnern gegen die Gewerkschaften verhetzt wird und zulassen, daß die Jugend Vereinen zugeführt wird, die uns feindlich gesonnen sind. Dann bedarf es langer Anstrengungen, um sie wieder aus den Netzen unserer Gegner befreien zu können. Wir müssen daher Einrichtungen treffen, um die Jugend für die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu interessieren. Der Jugend muß das Verständnis beigebracht werden für die Machterweiterung der Gewerkschaften, zu der sie beitragen kann durch ihre Mitgliedschaft.

In allen Ortsgruppen muß daher umgehend, soweit Lehrlings- und Jugendabteilungen nicht bestehen, zur Errichtung solcher Abteilungen Stellung genommen werden. In jeder mittleren Ortsgruppe wird es möglich sein, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu sammeln und für sie diese Einrichtung zu schaffen. Die bestehenden Abteilungen haben durch planmäßige Arbeit große Erfolge zu verzeichnen. Unsere Aufgabe ist es namentlich, diese Erfolge auszuweiten. Wir sind noch nicht zufrieden mit den Fortschritten in der Jugendbewegung. Bedenken

wir, daß die Unternehmer alles einsetzen, um die Lehrlinge und die Jugend von den gewerkschaftlichen Bestrebungen fernzuhaltten. Besonders die Kleinmeister in den handwerksmäßigen Berufen, die für die Lehrlingszucht große Vorliebe an den Tag legen, bemühen sich mit allen erdenklichen Mitteln, die Lehrlinge vom Beitritt zu den Gewerkschaften fernzuhalten. Sie merken, daß die Zeit ihrer unumschränkten Lehrausbildung vorüber ist und daß sich die Gewerkschaften trotz alledem das Mitbestimmungsrecht in der Lehrlingsausbildung und allen Lehrlingsfragen zu sichern verstehen. Bereits ist die Streitfrage geklärt, daß das Lehrverhältnis kein Erziehungsverhältnis, sondern ein Arbeitsverhältnis ist. Folglich ist die Entschädigung der Lehrlinge nicht mehr alleinige Sache der Unternehmer und ihrer Organisationen, sondern eine tarifpolitische Angelegenheit.

werkschaften sind dazu berufen, einen sozialen Ausgleich zu schaffen auf Grund der organisierten Macht aller Werktätigen. Ein herrliches Erlebnis, das noch lange in unseren Reihen nachwirken wird. Möge es zur freudigen Mitarbeit beitragen, zur Verwirklichung der Interessen und wirtschaftlichen Besserstellung der Jugend. Nur der verdient sich den Dank der Jugend, der sie der Organisation zuführt. Nun an die Arbeit! Stellt euch in Reih und Glied, das Ganze zu verstärken!

**Hamburg.** Unser Frühlingsfest hatten wir anlässlich der Ausschreibung vieler junger Kollegen zu Gesellen veranstaltet. Die heute bestehenden besonderen Verhältnisse bringen es mit sich, daß das Eintreten in den Gesellenstand von einschneidender Bedeutung für das fernere Leben ist. Erst dann fallen die ihn durch das Kost- und Logiswesen einengenden Fesseln.

Vor einem recht gut besetzten Saal konnten wir die Abwicklung unseres reichhaltigen Programms vornehmen. Vorträge des Gesangvereins unserer Berufskollegen mit Prolog und Rezitationen, ein Haus-Sachs-Spiel, Lieder zu Laute und Vorträge des Mandolinenkubs „Favorit“ trugen zu den schönen Stunden bei. Zum Schluß wurde gemeinsam das Lied „Und wenn wir marschieren“ gesungen.

Der Wert dieser Feier muß als ein recht vielseitiger angesprochen werden. Ohne Zweifel wird bei den recht zahlreich erschienenen Eltern unserer jungen Kollegen Aufbau und der Verlauf unserer Feiern Eindruck erweckt haben. Eine solche gemeinsam empfundene Freude wird sicher die Beziehungen zwischen Elternhaus und der Jugendgruppe stärken.

Für die Jugend selbst sind fraglos gemeinsam verlebte Feierstunden Sonnenchein, von dem sie die langen grauen Alltage in dumpfer Backstube zehren, und das sich erneut Engerverbundenfühlen mit der Jugendgruppe erfährt eine starke Förderung.

Man kann feststellen, daß dem Innenleben der Jugendgruppe und besonders auch dem einzelnen durch eine solche Veranstaltung neuer Impuls verliehen wird, was darum weitere Abhaltung derartiger Feiern geboten erscheinen läßt. F. H.

### Ochsenleben.

Auf schöne Erfolge kann die Lehrlings- und Jugendabteilung zurückblicken. Durch das Vorgehen der Organisation mußte bei den Firmen Schmidt Söhne und Dörfel die beschäftigte Zahl von Lehrlingen eingeschränkt werden. Im letzten Jahre ist es gelungen, vor dem Arbeitsgericht zu erreichen, daß die Bestimmungen in den Lehrverträgen, wonach die Lehrlinge an die Firma im ersten Lehrjahre 2 Mk., im zweiten Jahre 3,50 Mk. und im dritten Jahre 7,50 Mk. Lehrgeld bezahlen mußten, für ungültig erklärt wurden.

Bei recht guten Veranstaltungen ist es gelungen, die Lehrlinge und die Jugend stark für unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen zu interessieren. Sämtliche Lehrlinge in der Süßwarenindustrie gehören als Mitglieder unserm Verband an.

Nur ein Buch liegt offen vor aller Augen: das Buch der Natur. Rousseau.



Jugendgruppe Barmen-Elberfeld. Gruppenaufnahme auf dem Himmerich, im Hintergrunde der Elberg und der Petersberg.

Rüht die Zeit! Holt die Jugend heran! Gründet Lehrlings- und Jugendabteilungen! Schutz der Jugend ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben!

## Aus den Lehrlings- und Jugendabteilungen.

**Elberfeld-Barmen. (Ostereinfahrt zum Rhein.)** Bei herrlichem Wetter unternahm Jung-Denag eine Fahrt an den Rhein. Der Besuch galt dem Siebengebirge, der Naturfreundehütte am Himmerich mit dem schönen Ausblick auf den Drachensfels, den Rhein, den Rolandsbogen, die Godesburg, in die Eifel und nach Köln.

Zwei herrliche Tage fröhlichen Treibens verließen allzu rasch. Geist und Körper wurden bei lustigen Spielen in freier Natur gestählt für den Alltagskampf in Fabrik und Werkstatt. Und die jungen Mädel und Burtschen gelobten sich erneut, ihre ganze Kraft für die Stärkung unseres Verbandes einzusetzen, denn die Ge-

## Lehrlingsstreiche.

Am 15. April 1897 begann meine Lehre in der Stadt H. im Linnerhartz. Als kerniger Bauernjunge trat ich die Konditorlehre an, die halbjährige Bahnfahrt war für mich eine Freudenfahrt, denn ich glaubte, nachdem ich den Säkulanzel abgelegt hatte, nun käme eine schöne und goldene Zeit. Daß Lehrlingsjahre keine Herrenjahre sind, wollte mir absolut nicht in den Kopf. Ich mußte deshalb manche Enttäuschung erleben. Besonders begabte mich die lange Arbeitszeit und ferner die Berrichtung der Arbeiten in der Backstube erst recht nicht. Manches Mal brach ich in Tränen aus, weil ich nicht mehr in Wald und Flur herumwollten konnte.

Mein Drang nach Freiheit, Licht und Luft war sehr schwer zu meistern und entsprang deshalb aus diesem Temperament auch meine Lehrlingsstreiche, die unsere herrlichen Lehrlinge nicht zum Vorbild dienen sollen. Aber wenn sie einmal einen solchen Streich begehen, brauchen sie diesen nicht tragisch zu nehmen.

Der 1. Mai 1898 war gekommen und am Vorabend dieses Tages traten zwei Nachbarn (Söhne des jetzigen Landratsabgeordneten St. aus H.) in unsere Backstube. Jeder hatte eine kleine rote Maitrose im Knopfloch. Ich fragte, was diese Koje zu bedeuten

habe, darauf erfolgte die Antwort: „Und das weißt du nicht, daß morgen der 1. Mai, der größte Feiertag der Welt ist? Wir gehen morgen früh mit Musik in den Wald und tanzen und singen.“ Die große Bojschaft über den Weltfeiertag ging mir stundenlang nicht aus meinem Bauernkopfe. Als es der Zufall am anderen Morgen (1. Mai) wollte, daß ich eine Lorte in die Stadt tragen mußte und der Maiumzug meinen Weg kreuzte, war es mit meiner Ruhe vorbei. Schnell stellte ich meinen Tortenofen mit Inhalt in die nächste Haustür und reichte mich in den Maiumzug ein. Ich zog hinaus in den Buchenwald, hörte den Sozialistenmarsch und die Internationale und trug stolz und selbstbewußt die rote Maitrose an der Brust auf meinem weißen Konditorhützel. Bis zum Abend bin ich mit meinen beiden Freunden, den Kalerlehrlingen, herumgetollt. Erst als die Sonne unterging kam mir zum Bewußtsein, daß ich auch wieder zurück müsse in meine Lehre. Der Empfang bei meinem Lehrmeister war nicht gerade als freundlich zu bezeichnen, zumal mein Tortenofen ohne Lorte von einem Schupmann abgeliefert wurde.

Trotz alledem war dies meine schönste Maifeier, die ich je mimmachte, denn ich habe sie bis heute nicht vergessen und bin in der Folgezeit ein guter Sozialdemokrat geworden. R. B.

## Wann? Heute!

„Na, laß man! Wir werden uns nach dem Krieg wieder sprechen!“

Es ist immer dasselbe Bild: nach dem Krieg wird man abrechnen. Die Abrechnung auf einer so unbestimmten Termin legen zu können, das ist für sie schon die halbe Rache.

In der Kaserne, während ihrer aktiven Dienstzeit, wenn der Feldwebel sie zur Feuerwache abkommandierte oder der Sergeant sie am Kasernenort hundertmal kehrt machen ließ, traten sie ab, murmelten finstere Drohungen vor sich hin, weiß vor Wut.

„Laß mal Krieg kommen, da werden wir die Brüder kriegen! Wir werden sie schon wiederfinden, die faulen Jungens!“

Der Krieg ist gekommen, sie haben in der Tat den Feldwebel und den Sergeanten wiedergefunden, und sind mit ihnen in die Kantine gegangen. „Na, wie geht's denn noch immer...“ Dann ist wieder bittere Feindschaft mit andern gewesen oder mit denselben. Und jetzt, während Krieg ist, da wollen sie nicht mehr im Krieg ihre Rache nehmen — aber im Frieden!

„Wenn wir erst wieder nach Hause kommen — du sollst mal sehen!“

Und Demachy, der genau weiß, daß er gar nichts sehen wird, lächelt skeptisch... Roland Dorgelés.